

PROTOKOLL

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Steffisburg

24. Januar 2014

17:00 - 19:15 Uhr, **Aula Schönau, Steffisburg**

Vorsitz	Gyger Lukas, GGR-Präsident 2013 Saurer Ursula, GGR-Präsidentin 2014 (ab Trakt. 4)
Sekretär	Stalder Christoph, Stv. Gemeindeschreiber
Protokoll	Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte Traktanden 1 bis 22 Furrer Erika, Verwaltungsangestellte Traktandum 23 bis 25
Mitglieder	BDP Dermond Thomas Rüfenacht Michael Weber Yvonne EDU Berger Bruno Gerber Christian bis 19.10 Uhr (Trakt. 23) Tschanz Elisabeth EVP Bachmann Margret Gyger Lukas Schweizer Thomas FDP Pfister Sereina Riesen Michael Stalder Urs Schweizer Alessandra Wegmann Beat GLP Berger Hans Neuhaus Reto Grüne Walti Peter SP Friederich Hörr Franziska Hug-Wäfler Gabriela Jordi Peter Schmutz Daniel Schönenberger Thomas Spring Ruth Tschanz Therese SVP Aebi Thomas Barben Adrian

	Canonica Barbara Gerber Heinz Joss Michael Marti Daniel Marti Hans Rudolf Marti Werner Maurer Hans Rudolf Saurer Ursula		
Davon entschuldigt	Rüfenacht Michael (familiäre Gründe) Spring Ruth (ortsabwesend)		
Anwesend zu Beginn	32		
Absolutes Mehr	17		
Mitglieder Gemeinderat	Grossniklaus Hans Ulrich Huder Ursulina Kopp Lorenz Marti Jürg Schenk Marcel Schneeberger Stefan Schwarz Elisabeth	Departementsvorsteher Bildung Departementsvorsteherin Finanzen ab 18.20 h Departementsvorsteher Hochbau/Planung Departementsvorsteher Präsidiales Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt Departementsvorsteher Sicherheit Departementsvorsteherin Soziales	SVP SP EVP SVP SP FDP SVP
Davon entschuldigt	--		
Anwesende Vertreter Verwaltung	Deiss Martin, Leiter Tiefbau/Umwelt Hadorn Hans-Peter, Leiter Hochbau/Planung Loosli Prisca, Leiterin Bildung Müller Hansjürg, Leiter Sicherheit Schneider Marcel, Leiter Soziales Zeller Rolf, Gemeindeschreiber		
Medienschaffende	2		
Zuhörer	14		
Gäste/Referenten	--		

Eröffnung

Einleitend begrüsst Lukas Gyger alle Gäste, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, alle Mitglieder des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates sowie alle Abteilungsleitende zur ersten GGR-Sitzung im Jahr 2014.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird unverändert einstimmig genehmigt.

VERHANDLUNGEN

2014-1 Grosser Gemeinderat; Ersatz für Stauffer Sandro (FDP); Nachrücken Stalder Urs (FDP)

Traktandum 1, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registatur

10.060.008 Personelles / Mutationen im Rat

Begrüssung von Urs Stalder (FDP)

Sandro Stauffer (FDP) hat mit Brief vom 1. November 2013 seinen Rücktritt per 31. Dezember 2013 bekannt gegeben. Gemäss Wahlprotokoll vom 28. November 2010 wurde als nächster Ersatzkandidat auf der Liste der FDP Urs Stalder zur Mitarbeit im Grossen Gemeinderat angefragt. Gemäss schriftlicher Bestätigung erklärte Urs Stalder die Annahme des Mandates.

Lukas Gyger begrüsst Urs Stalder im Rat und wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei der Ausübung des Mandates.

2014-2 Wahl von zwei provisorischen Stimmenzählenden

Traktandum 2, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Die Nominierungen erfolgen durch die Fraktionen direkt an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Behandlung

Wahlvorschlag für provisorischen Stimmenzähler 1

Die EVP/EDU-Fraktion schlägt

Elisabeth Tschanz (EDU) als provisorische Stimmenzählerin 1 vor.

Wahlvorschlag für provisorischen Stimmenzähler 2

Die BDP-Fraktion schlägt

Yvonne Weber (BDP) als provisorische Stimmenzählerin 2 vor.

Die Nominierungen werden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht ergänzt. Er erklärt das Zählvorgehen:

Yvonne Weber (BDP) Tische mit FDP, glp, EVP, EDU und Präsidialtisch

Elisabeth Tschanz (EDU) Tische SVP, SP, Grüne, BDP

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als provisorische Stimmenzählerin 1 für das Jahr 2014 wird Elisabeth Tschanz (EDU), Wiesenstrasse 3, 3612 Steffisburg, gewählt.
2. Als provisorische Stimmenzählerin 2 für das Jahr 2014 wird Yvonne Weber (BDP), Hardegweg 18 o, 3612 Steffisburg, gewählt.
3. Eröffnung an:
 - Präsidiales (10.060.002)

2014-3 Leitender Ausschuss 2014; Wahl Präsidium

Traktandum 3, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Gemäss Art. 8 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates besteht der Leitende Ausschuss aus dem Präsidium, dem ersten und zweiten Vizepräsidium sowie den beiden Stimmenzählenden. Sie werden alle Jahre in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt. Die Vertretung der politischen Parteien ist bei der Zuteilung angemessen zu berücksichtigen. Das abtretende Präsidium ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar.

Zu wählen sind demnach:

- Präsidium
- Erstes Vizepräsidium
- Zweites Vizepräsidium
- Zwei definitive Stimmzählende

Die Nominationen erfolgen an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für das GGR-Präsidium 2014

Die SVP-Fraktion schlägt

Ursula Saurer (SVP) für das GGR-Präsidium im Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig wird Ursula Saurer (SVP) als Präsidentin des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2014 gewählt.

Gratulation und Dank

Lukas Gyger, GGR-Präsident 2013, gratuliert Ursula Saurer zur Wahl und wünscht ihr viel Erfolg und alles Gute im neuen Amt. Er übergibt ihr einen Blumenstraus und vorerst leihweise die Ratsglocke 2014, welche das neue Präsidium durch das Jahr 2014 begleiten wird.

An dieser Stelle übernimmt Ursula Saurer (SVP), GGR-Präsidentin 2014, die Sitzungsleitung.

Annahme der Wahl, Würdigung Präsidium 2013, Rückblick und Antrittsrede

Ursula Saurer (SVP) bedankt sich für die Wahl und erklärt deren Annahme. Es ist eine Ehre für sie und sie dankt für das entgegengebrachte Vertrauen. Speziell dankt Ursula Saurer ihrer Partei, welche ihr dieses Präsidialjahr ermöglicht. Es ist ihr wichtig, eine gute Präsidentin zu sein. SVP-Fraktionschef Adrian Barben gratuliert ihr zur Wahl und übergibt ihr einen Blumenstraus. Er ist überzeugt, dass sie dieses Präsidialjahr souverän meistern wird.

Ursula Saurer würdigt die Verdienste von Lukas Gyger als abtretenden Präsidenten und übergibt ihm ebenfalls einen Blumenstraus, traditionellerweise die Ratsglocke 2013 und eine Steffisburger-Uhr. Sie dankt Lukas Gyger für die gute und angenehme Ratsführung. Als persönliches und symbolisches Geschenk übergibt Ursula Saurer dem scheidenden Präsidenten Lukas Gyger einen Profi-Karabinerhaken, damit er nach diesem Präsidialjahr nicht im freien Fall in ein Loch fällt und sich entsprechend sichern kann. Es soll ihn jedoch auch an diese Seilschaft erinnern, welche er ein ganzes Jahr führen durfte.

Rückblick Lukas Gyger, GGR-Präsident 2013

Lukas Gyger blickt auf das Präsidialjahr zurück und teilt Folgendes mit:

Bilanz 2013

Sitzung	Dauer	Traktanden	Kredite		Politische Vorstösse		Reglemente	Spezielle Geschäfte
			Neue	Abgerechnete	Neu eingereicht	Behandelt		
25. Januar	2 h 50 min	28	1 1'690'000		3	3	--	Neubau Doppelkindergarten Glockenthal
22. März	2 h 30 min	13	1 189'000	2 784'054	2	3	2	
3. Mai	2 h 10 min	11	1 395'000	--	4	3	--	Verwaltungsbericht Jahresrechnung
15. Juni Mangels Traktanden ausgefallen	--	--	--	--	--	--	--	
23. August	1 h 35 min	14	--	--	4	5	2	
11. Oktober	3 h 00 min	19	2 1'985'470	--	3	4	2	Finanzplan Vorschlag Pensionskasse
29. November	3 h 50 min	23	2 212'000	2 1'030'742	2	4	4	
6 Sitzungen	15 h 55 min Ø 2 h 40 min Ø rund 9 min pro Traktandum	108	7 4'471'470	4 1'814'796	18	22	10	
Vergleich Vorjahr	6 Sitzungen 14 h 45 min Ø 2 h 25 min Ø rund 11 min pro Traktandum	83	5 11'578'000	9 7'083'201	18	20	4	

Einleitend erläutert er die Bilanz 2013 gemäss vorstehender Folie.

Lukas Gyger hebt hervor, dass ihm das Amt gefallen und er den Grossen Gemeinderat gerne präsidiert hat. Er durfte während diesem Jahr Leute kennen lernen, zu welchen er sonst sicherlich keinen Kontakt geknüpft hätte. Die Art und Weise wie in Steffisburg politisiert wird, erachtet er als vorbildlich. Die Diskussionen sind stets sachorientiert. Das politische Handeln soll aus seiner Sicht auch so sein und zum Wohle der Bevölkerung beitragen. Es sollen keine eigenen partikularen Interessen im Vordergrund stehen. Bezüglich der vorhandenen Begehrlichkeiten wird versucht, diese im möglichen finanziellen Rahmen umzusetzen. Es ist dabei das Verständnis aufzubringen, dass nicht immer die bestmögliche Lösung realisiert werden kann. Auch in solchen Angelegenheiten handelt der Rat vorbildlich und verantwortungsvoll. Mit diesen Schlussbemerkungen wünscht er Ursula Saurer alles Gute in ihrem Präsidialjahr und übergibt ihr symbolisch ein persönliches Geschenk mit energispendendem Inhalt, falls die Sitzungen zwischen durch intensiv und kräfteaufwendend sein sollten.

Antrittsrede Ursula Saurer, Präsidium 2014

„Wie es sich für eine Kindergärtnerin gehört, halte ich nicht einfach eine Antrittsrede. Ich erzähle eine Geschichte aus einem Kinderbuch“, so Ursula Saurer. Sie blendet jeweils die dazugehörigen Bilder auf der Leinwand ein. Ursula Saurer wiedergibt die Geschichte der Tiere, welche in der Schule alle fliegen, schwimmen oder klettern lernen sollten – ohne Rücksicht auf die natürlichen Voraussetzungen. Da scheiterte das Pferd beim Versuch, den Baum zu erklimmen, der Elefant sass heulend im Gras, weil er für seine misslungenen Flugversuche eine schlechte Note erhalten hatte – und am Ende war nicht einmal mehr die Ente eine hervorragende Schwimmerin. Sie hatte sich beim Klettern überanstrengt. Nicht nur sie, auch alle anderen Tiere versanken im Mittelmass. Erst als die Lehrer entnervt davonliefen, konnten sich die Tiere wieder entsprechend ihrer eigentlichen Stärken entfalten – und jedes in einer Disziplin auftrumpfen.

Sie schlägt die Brücke und betont, dass alle GGR-Mitglieder unterschiedliche Meinungen und individuelle Stärken haben. Ursula Saurer ruft ihre Ratskollegen dazu auf, diese Stärken zu nutzen. Werden Stärken nicht genutzt und unterstützt, so gibt es plötzlich nur noch ein Mittelmass. Aus ihrer Sicht hat die Schweiz Stärken, und zwar die Demokratie mit ihren typischen Merkmalen wie freie Wahlen, Mehrheitsprinzip oder das Respektieren von politischen Oppositionen unter dem Schutz der Grundrechte. Wahlen und Abstimmungen bilden den zentrale Prozess der Demokratie. Es ist vorteilhaft, auf verschiedensten Ebenen eigene Entscheidungen zu treffen und mitbestimmen zu dürfen, so wie dies im Grossen Gemeinderat praktiziert wird. Sie hofft, dass die Schweiz diese Stärke auch in Zukunft in dieser Form beibehalten kann und sich nicht fremdbestimmen lässt. Wenn es dem Rat gelingt, all die unterschiedlichen Stärken optimal aufeinander abzustimmen und zu nutzen, dann entsteht eine gute, sinnvolle und gewinnbringende Politik für die Steffisburger Bürgerinnen und Bürger. Sie hat das Gefühl, dass es nicht

ihre grosse Stärke ist, vor dem Rat zu stehen und diesen zu leiten. Jedoch ist es für sie eine grosse Ehre und sie verspricht, ihr Bestes zu geben, damit es ihr gelingt. Sie schätzt es, gute und beratende Leute an ihrer Seite zu wissen. „Und im Gegensatz zur Ziege, kann sie gut schwimmen, falls es notwendig würde“, gibt Ursula Saurer schmunzelnd (im Rückblick auf die Bilderbuchgeschichte) bekannt. Ihr Sohn Sandro habe auch eine Stärke – er könne gut Gitarre spielen und wird im Anschluss an die Antrittsrede ein Stück vortragen.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als GGR-Präsidentin 2014 wird Ursula Saurer (SVP), Wiesenstrasse 4, gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Betroffene Person (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium (Kopie Wahlanzeige)
 - Präsidiales (10.060.002)

2014-4 Leitender Ausschuss 2014; Wahl erstes Vizepräsidium

Traktandum 4, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Gemäss Art. 8 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates besteht der Leitende Ausschuss aus dem Präsidium, dem ersten und zweiten Vizepräsidium sowie den beiden Stimmenzählenden. Sie werden alle Jahre in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt. Die Vertretung der politischen Parteien ist bei der Zuteilung angemessen zu berücksichtigen. Das abtretende Präsidium ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar.

Zu wählen sind demnach:

- Präsidium
- Erstes Vizepräsidium
- Zweites Vizepräsidium
- Zwei definitive Stimmenzählende

Die Nominationen erfolgen an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für das erste GGR-Vizepräsidium 2014

Die FDP/glp-Fraktion schlägt

Michael Riesen (FDP) für das erste GGR-Vizepräsidium im Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als erster GGR-Vizepräsident 2014 wird Michael Riesen (FDP), Brucheggweg 3, gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Betroffene Person (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium (Kopie Wahlanzeige)
 - Präsidiales (10.060.002)

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

Seite 6

2014-5 Leitender Ausschuss 2014; Wahl zweites Vizepräsidium

Traktandum 5, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Gemäss Art. 8 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates besteht der Leitende Ausschuss aus dem Präsidium, dem ersten und zweiten Vizepräsidium sowie den beiden Stimmenzählenden. Sie werden alle Jahre in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt. Die Vertretung der politischen Parteien ist bei der Zuteilung angemessen zu berücksichtigen. Das abtretende Präsidium ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar.

Zu wählen sind demnach:

- Präsidium
- Erstes Vizepräsidium
- Zweites Vizepräsidium
- Zwei definitive Stimmenzählende

Die Nominationen erfolgen an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für das zweite GGR-Vizepräsidium 2014

Die SP/Grüne-Fraktion schlägt

Daniel Schmutz (SP) für das zweite GGR-Vizepräsidium im Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als zweiter GGR-Vizepräsident 2014 wird Daniel Schmutz (SP), Sonnenweg 4 a, gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Betroffene Person (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium (Kopie Wahlanzeige)
 - Präsidiales (10.060.002)

2014-6 Leitender Ausschuss 2014; Wahl Stimmenzähler/in 1

Traktandum 6, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Gemäss Art. 8 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates besteht der Leitende Ausschuss aus dem Präsidium, dem ersten und zweiten Vizepräsidium sowie den beiden Stimmenzählenden. Sie werden alle Jahre in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt. Die Vertretung der politischen Parteien ist bei der Zuteilung angemessen zu berücksichtigen. Das abtretende Präsidium ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar.

Zu wählen sind demnach:

- Präsidium
- Erstes Vizepräsidium
- Zweites Vizepräsidium
- Zwei definitive Stimmenzählende

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

Seite 7

Die Nominationen erfolgen an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für definitiven Stimmzähler 1 für das Jahr 2014

Die EVP/EDU-Fraktion schlägt

Elisabeth Tschanz (EDU) als Stimmzählerin 1 für das Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als Stimmzählerin 1 für das Jahr 2014 wird Elisabeth Tschanz (EDU), Wiesenstrasse 3, gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Betroffene Person (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium (Kopie Wahlanzeige)
 - Präsidiales (10.060.002)

2014-7 Leitender Ausschuss 2014; Wahl Stimmzähler/in 2

Traktandum 7, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registatur

10.060.002 Leitender Ausschuss

Ausgangslage

Gemäss Art. 8 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates besteht der Leitende Ausschuss aus dem Präsidium, dem ersten und zweiten Vizepräsidium sowie den beiden Stimmzählenden. Sie werden alle Jahre in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt. Die Vertretung der politischen Parteien ist bei der Zuteilung angemessen zu berücksichtigen. Das abtretende Präsidium ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar.

Zu wählen sind demnach:

- Präsidium
- Erstes Vizepräsidium
- Zweites Vizepräsidium
- Zwei definitive Stimmzählende

Die Nominationen erfolgen an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für definitiven Stimmzähler 2 für das Jahr 2014

Die BDP-Fraktion schlägt

Yvonne Weber (BDP) als Stimmzählerin 2 für das Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Als Stimmzählerin 2 für das Jahr 2014 wird Yvonne Weber (BDP), Hardeggweg 18 o, gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Betroffene Person (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium (Kopie Wahlanzeige)
 - Präsidiales (10.060.002)

Bemerkung zu Handen Protokoll: Die beiden Wahlen der Stimmzählenden erfolgen auf vorheriges Anfragen der Vorsitzenden in globo.

Ursula Saurer weist nochmals auf das Zählvorgehen wie folgt hin:

Yvonne Weber (BDP) Tische mit FDP, glp, EVP, EDU und Präsidialtisch

Elisabeth Tschanz (EDU) Tische SVP, SP, Grüne, BDP

Sie bittet die Stimmzählerinnen beim Zählen jeweils aufzustehen und das Ergebnis klar und deutlich bekannt zu geben.

Zudem bittet sie alle Ratsmitglieder, beim Abstimmen ein klares und deutliches Handzeichen zu geben.

2014-8 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK); Ersatzwahl für Peter Walti (Grüne); Wahlvorschlag Peter Jordi (SP)

Traktandum 8, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registrierung

10.091.001 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission

Ausgangslage

Mit Schreiben vom 23. November 2013 hat Peter Walti (Grüne) seinen Rücktritt aus der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) per 31. Januar 2014 bekannt gegeben. Er gehörte der AGPK seit dem 21. Januar 2011 als Mitglied und Vertreter der SP/Grüne-Fraktion an.

Ersatzvorschlag

Die SP/Grüne-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Name/Vorname	Beruf	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Jordi Peter	Human Resources Manager	Scheidgasse 21	3612 Steffisburg	SP

Behandlung

Ursula Saurer weist zudem darauf hin, dass Peter Walti im 2013 die AGPK präsierte. Sie dankt ihm für seinen Einsatz und sein stetes, aktives Mitdenken. Als Ersatz für Peter Walti (Grüne) schlägt die SP/Grüne-Fraktion Peter Jordi (SP) zur Wahl vor. Es folgen keine weiteren Vorschläge seitens des Grossen Gemeinderates.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Peter Jordi (SP), Scheidgasse 21, 3612 Steffisburg, wird als Mitglied und Vertreter der SP/Grüne-Fraktion in die Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission gewählt. Er ersetzt den per 31. Januar 2014 zurücktretenden Peter Walti.
2. Die Amtsdauer beginnt am 1. Februar 2014 und endet am 31. Dezember 2014 (Legislaturende GGR).

3. Eröffnung an:
- Peter Jordi (SP), Scheidgasse 21, 3612 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - AGPK-Präsidium
 - Gabriela Hug-Wäfler, Fraktionschefin SP/Grüne-Fraktion, Walkeweg 4, 3612 Steffisburg
 - Finanzen
 - Präsidiales (Sekretariat GGR)
 - Präsidiales (Behördenverzeichnis + Internet)
 - Präsidiales (10.091.001)

2014-9 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK); Wahl Präsidium für das Jahr 2014

Traktandum 9, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.091.001 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission

Ausgangslage

Gemäss Artikel 52 der Gemeindeordnung wird das Präsidium jedes Jahr in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt.

Die Nomination erfolgt an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für das Präsidium der AGPK

Die EVP/EDU-Fraktion schlägt

Bruno Berger (EDU) als Präsident der AGPK für das Jahr 2014 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Bruno Berger (EDU), Finkenweg 8, wird für das Jahr 2014 als Präsident der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Präsidium 2014 (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium
 - Präsidiales (10.091.001)

2014-10 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK); Wahl Vizepräsidium für das Jahr 2014

Traktandum 10, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.091.001 Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission

Ausgangslage

Gemäss Artikel 52 der Gemeindeordnung wird das Vizepräsidium jedes Jahr in der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates gewählt.

Die Nomination erfolgt an der GGR-Sitzung vom 24. Januar 2014.

Wahlvorschlag für das Vizepräsidium der AGPK

Die SVP-Fraktion schlägt

Adrian Barben (SVP) als Vizepräsident der AGPK für das Jahr 2014 vor.

Die BDP-Fraktion schlägt

Yvonne Weber (BDP) als Vizepräsidentin der AGPK für das Jahr 2014 vor.

Die Vorschläge werden nicht vermehrt.

Wahl

Stimmen haben erhalten:

- Adrian Barben (SVP): 16 Stimmen
- Yvonne Weber (BDP): 9 Stimmen

7 Ratsmitglieder haben sich der Stimme enthalten.

Gewählt ist somit Adrian Barben. Der Rat fasst folgenden

Beschluss

1. Adrian Barben (SVP), Rosenweg 8, wird für das Jahr 2014 als Vizepräsident der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission (AGPK) gewählt.
2. Eröffnung an:
 - Adrian Barben (SVP), Rosenweg 8, 3612 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - Betroffenes Parteipräsidium
 - Präsidiales (10.091.001)

2014-11 Protokoll der Sitzung vom 29. November 2013; Genehmigung

Traktandum 11, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.006 Protokolle

Beschluss

1. Das Protokoll der Sitzung vom 29. November 2013 wird ohne Abänderungen einstimmig genehmigt.

2014-12 Informationen des Gemeindepräsidiums

Traktandum 12, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060 Grosser Gemeinderat

Jürg Marti gratuliert im Namen des Gemeinderates und der Verwaltung vorab allen frisch Gewählten zu ihren Ämtern und wünscht ihnen viel Freude und Erfolg. Er dankt für die gute und wertvolle Zusammenarbeit.

Der Präsident informiert über die nachstehenden Themen wie folgt:

12.1 Kündigungen

Patrick Zahnd, Verwaltungsangestellter Buchhaltung, wird die Gemeinde Steffisburg per 31. Juli 2014 verlassen. Er wird jedoch noch befristet einen Mutterschaftsurlaub überbrücken.

Zudem erwartet bei der Abteilung Finanzen Andrea Aegerter, Sachbearbeiterin Buchhaltung, im Frühling ihr erstes Kind. Ihre Stelle ist aktuell ausgeschrieben. Auch die zweite Sachbearbeiterin Buchhaltung Nicole Balmer ist schwanger und sie erwartet ihr Kind im Sommer.

12.2 Neuanstellungen

Per 1. Februar 2014 wird Franziska Zimmermann als Sozialarbeitende ihre Arbeit aufnehmen. Sie besetzt verschiedene offene Stellenprozente im Umfang von 70 %.

12.3 Leistungsangebote mit sozialem Touch

Ende 2013 hat sich der Gemeinderat mit der Thematik "Leistungsangebote mit sozialem Touch" auseinandergesetzt. Die drei direkt betroffenen Abteilungen Soziales, Bildung und Sicherheit stellten ihren Leistungskatalog vor. Dies ging von der offenen Kinder- und Jugendarbeit, über die Schulsozialarbeit, die Kindertagesstätten, die Tagesfamilienorganisation, die Tageschule, die Gewaltprävention an den Schulen, den Schulsport, den Hilfsfonds bis zu den Massnahmen des Legislatorschwerpunkts "Integration".

Der Gemeinderat erhielt einen Überblick, welche Leistungen freiwillig sind, welche zwingend und wie sich die Kosten daraus ergeben. Total wurde im 2012 in diesen Bereichen 1.6 Millionen Franken umgesetzt, wovon der Kanton und Dritte rund 63 % finanzierten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Leistungsangebot aktuell gut ausgestaltet ist und dieses zum Standortvorteil von Steffisburg beiträgt.

Zukünftig wird die Auslegeordnung periodisch nachgeführt, damit der Gemeinderat ein weiteres Führungsinstrument zur Verfügung hat.

12.4 Dükerweg; Informationsveranstaltung (provisorische Terminankündigung)

Das Baureglement der Einwohnergemeinde Steffisburg soll in Art. 59 mit den Bestimmungen zur Zone mit Planungspflicht (ZPP) D "Dükerweg" ("Gschwend-Areal") ergänzt werden. In diesen Bestimmungen werden der Planungszweck, die Art und das Mass der Nutzung sowie die Grundsätze festgelegt.

Die Ortsparteien und GGR-Fraktionen werden vor der nächsten GGR-Sitzung zum einem öffentlichen Informationsanlass zum Start des Mitwirkungsverfahrens eingeladen. An dieser Informationsveranstaltung wird über die Ausgangslage, die Ergebnisse der für die ZPP D durchgeführten Nutzungsstudie und den Entwurf der Bestimmungen zur ZPP D orientiert. Es ist vorgesehen, die Anpassung der baurechtlichen Grundordnung im November 2014 durch die Stimmberechtigten beschliessen zu lassen. Es bestehen jedoch verschiedene Einflussfaktoren, welche berücksichtigt werden müssen.

12.5 Stiftung Höchhus

Nach der grossen Sanierung und seit der Eröffnung des Grossen Höchhus` kredenzte Markus Walder im Restaurant seine Speisen. Während seinem Wirken erreichte er auch die Auszeichnung „Gault Millau“.

Wie in der Tagespresse entnommen werden konnte, wird Markus Walder mit seiner Familie das Restaurant Mitte 2014 verlassen und sich einer neuen Herausforderung stellen.

Der Stiftungsrat hat den Gastro-Ausschuss mit der Suche eines neuen Gastronomen beauftragt. Der Ausschuss wird durch Christian Schlapbach präsiert, Martin Dummermuth Eggermann stellt das Fachliche sicher und er als Gemeindepräsident das Politische sowie Betriebswirtschaftliche. Es wird konkret an Lösungen gearbeitet und es werden mit verschiedenen Parteien Gespräche geführt. Entsprechende Vertragsverhandlungen stehen bevor. Dem Stiftungsrat ist es wichtig, eine gute und vor allem eine langfristige Lösung für alle zu finden – das Höchhus soll Treffpunkt für alle Steffisburgerinnen und Steffisburger sein.

Informationen durch Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt zum Thema „Energieleitbild“

Der Gemeinderat hat sich als Legislatorschwerpunkt unter anderem die Thematik „Energie und Mobilität“ definiert. Als weiterer Meilenstein in der Energiepolitik wurde im November 2013 das „Energieleitbild“ verabschiedet. Dieses wurde allen GGR-Mitgliedern heute Abend verteilt. Darin wurden verschiedene Grundregeln festgelegt. Gelegentlich werden weitere Informationen zu diesem Thema folgen.

Informationen durch Hans Ulrich Grossniklaus, Departementsvorsteher Bildung, zum Thema „Klassen- grösse - Anzahl Klassen“

Hans Ulrich Grossniklaus bezieht sich auf die Anfrage von Gabriela Hug an der letzten GGR-Sitzung vom 29. November 2013 betr. Klassengrössen. Mit der zuständigen Schulinspektorin sowie mit Vertretern der Erziehungsdirektion wurden mehrere Gespräche geführt. Insbesondere wurde dabei der Handlungsspiel-Protokoll Grosse Gemeinderat vom 24. Januar 2014

raum ausgelotet. Dazu kann vermerkt werden, dass kein Handlungsspielraum besteht. Für den gesamten Kanton gilt ein neuer Durchschnitt von 19,7 Schülern pro Klasse. Wenn Gemeinden pro Jahrgang mehrere Klassen führen – wie dies auch in Steffisburg der Fall ist – macht der Kanton für die 1. – 9. Klassen eine Vorgabe von durchschnittlich 21 Schülerinnen und Schülern. Aufgrund der aktuellen Verhandlungen würde dies fünf bis sieben Klassenschliessungen bedeuten. Ein hauptsächlicher Grund ist, dass der Kanton seine Sparmassnahmen für die betroffenen Gemeinden konsequent umsetzt. Steffisburg hat in den letzten Jahren viele kleine Klassen geführt, immer im Einverständnis mit den vorgesetzten Stellen, jedoch wurde der geforderte Durchschnitt vom Kanton eindeutig nicht eingehalten. Steffisburg hat im laufenden Schuljahr mit heutigem Stand 1'485 Schülerinnen und Schüler eine Zuzug-/Wegzugbilanz von minus 31. Diese Zahl bedeutet praktisch zwei Klassen. Als erste Sofortmassnahme wurden alle Eltern über die Situation informiert. Es erfolgten darauf hin viele positive und konstruktive Rückmeldungen. Alle wollen das Beste aus dieser Situation machen. Die absolut grösste Herausforderung stellt die personelle Bewältigung dar. Der Kanton lässt mit seinen strikten Vorgaben kaum Handlungsfreiheit. Bei der Entlassung von unbefristeten angestellten Lehrpersonen mit grossen Pensen gilt in der Regel das Anciennitäts-Prinzip, d.h. wer länger dabei ist, kann bleiben. Einzige Ausnahme bilden die Fachlehrpersonen, welche fachlich nicht ersetzt werden können. Diese Kriterien sind seiner Meinung nach sehr schmerzhaft und nicht nachvollziehbar. Unterrichtsqualität oder soziale Härtefälle spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Wird eine Lehrperson unkorrekt entlassen, riskiert die Gemeinde langdauernde und kostenintensive Rechtsverfahren. Es wurde ein umfangreicher Massnahmenplan erstellt, welcher für die ganze Schule Steffisburg gilt. Mit diesem will der genannten Problematik entgegengetreten werden. Der Gemeinderat wird über die definitive Organisation im Februar 2014 entscheiden und anschliessend alle Betroffene, insbesondere die Lehrpersonen sowie die Eltern mündlich an einem Elternabend offen und klar informieren, wenn personelle Entscheide gefallen sind. Hans Ulrich Grossniklaus erwähnt, dass nicht alles nur negativ ist. Im sozialen Bereich hat die Gemeinde Steffisburg glücklicherweise gute Begleitmassnahmen. Der Gemeinderat ist bestrebt, ihm Rahmen der Möglichkeiten alles daran zu setzen, sinnvolle und vertretbare sowie ausgewogene Lösungen für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen zu treffen.

2014-13 Sicherheitskommission; Ersatzwahl für Martin Lehmann (SP); Wahlvorschlag Franziska Friederich Hörr (SP)

Traktandum 13, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.097.001 Sicherheitskommission (Personelles)

Ausgangslage

Mit Brief vom 27. November 2013 gibt Martin Lehmann (SP) seinen Rücktritt als Mitglied der Sicherheitskommission per sofort bekannt. Seit dem 1. Februar 2007 wirkte er als Vertreter der SP in der Sicherheitskommission mit.

Ersatzvorschlag

Die SP schlägt zur Wahl vor:

Name/Vorname	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Friederich Hörr Franziska	Hombergstrasse 4	3612 Steffisburg	SP

Behandlung

Ursula Saurer dankt Martin Lehmann für seine Mitarbeit in der Sicherheitskommission. Die SP-Fraktion schlägt Franziska Friederich Hörr zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Franziska Friederich Hörr (SP), Hombergstrasse 4, 3612 Steffisburg, wird als Mitglied und Vertreterin der SP (Ersatz Martin Lehmann) in die Sicherheitskommission gewählt.
2. Die Amtsdauer beginnt mit der Wahl am 24. Januar 2014 und endet am 31. Januar 2015 (Ende Legislaturperiode für Kommissionen 2011 – 2014).

3. Eröffnung an:
- Franziska Friederich Hörr (SP), Hombergstrasse 4, 3612 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - Peter Jordi, Präsidium SP, Scheidgasse 21, 3612 Steffisburg
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Sicherheit
 - Präsidiales (Behördenverzeichnis + Internet)
 - Präsidiales (10.097.001)

2014-14 Sicherheitskommission; Ersatzwahl für Heinz Gerber (SVP); Wahlvorschlag Michael Joss (SVP)

Traktandum 14, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.097.001 Sicherheitskommission (Personelles)

Ausgangslage

Mit Brief vom 28. November 2013 gibt Heinz Gerber (SVP) seinen Rücktritt als Mitglied der Sicherheitskommission per 31. Dezember 2013 bekannt. Seit dem 25. Januar 2013 wirkte er als Vertreter der SVP in der Sicherheitskommission mit.

Ersatzvorschlag

Die SVP schlägt zur Wahl vor:

Name/Vorname	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Joss Michael	Friedhofweg 10	3612 Steffisburg	SVP

Behandlung

Ursula Saurer dankt Heinz Gerber für seine Mitarbeit in der Kommission. Die SVP-Fraktion schlägt Michael Joss zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Michael Joss (SVP), Friedhofweg 10, 3612 Steffisburg, wird als Mitglied und Vertreter der SVP (Ersatz Heinz Gerber) in die Sicherheitskommission gewählt.
2. Die Amtsdauer beginnt mit der Wahl am 24. Januar 2014 und endet am 31. Januar 2015 (Ende Legislaturperiode für Kommissionen 2011 – 2014).
3. Eröffnung an:
 - Michael Joss (SVP), Friedhofweg 10, 3612 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - Hans Rudolf Marti, Präsidium SVP, Oberer Riedererweg 61, 3612 Steffisburg
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Sicherheit
 - Präsidiales (Behördenverzeichnis + Internet)
 - Präsidiales (10.097.001)

2014-15 Schulkommission; Ersatzwahl für Ruth Spring (SP); Wahlvorschlag Veronika Michel-Schaad (SP)

Traktandum 15, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.095.002 Schulkommission (Personelles)

Ausgangslage

Mit Brief vom 9. Juli 2013 hat Ruth Spring (SP) ihren Rücktritt als Mitglied der Schulkommission per 31. Juli 2013 bekannt gegeben. Seit dem 1. Februar 2003 wirkte sie als Vertreterin der SP in der Primarschulkommission bzw. ab 1. Februar 2004 in der Schulkommission mit.

Ersatzvorschlag

Die SP schlägt zur Wahl vor:

Name/Vorname	Anschrift	PLZ/Ort	Partei
Michel Schaad Veronika	Wiesenstrasse 7	3612 Steffisburg	SP

Behandlung

Ursula Saurer dankt Ruth Spring für die langjährige Tätigkeit in der Schulkommission. Die SP-Fraktion schlägt Michel Schaad Veronika zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Veronika Michel-Schaad wird als Mitglied und Vertreterin der SP (Ersatz Ruth Spring) in die Schulkommission gewählt.
2. Die Amtsdauer beginnt mit der Wahl am 24. Januar 2014 und endet am 31. Januar 2015 (Ende Legislaturperiode für Kommissionen 2011 – 2014).
3. Eröffnung an:
 - Veronika Michel-Schaad, Wiesenstrasse 7, 3612 Steffisburg (mit Wahlanzeige)
 - Peter Jordi, Präsidium SP, Scheidgasse 21, 3612 Steffisburg
 - Hans Ulrich Grossniklaus, Departementsvorsteher Bildung
 - Bildung
 - Präsidiales (10.095.002)

2014-16 Umwelt- und Energiekommission; Wahl von sieben Mitgliedern in die neu geschaffene Kommission

Traktandum 16, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.094.003 Umwelt- und Energiekommission

Ausgangslage

Der Grosse Gemeinderat hat am 22. März 2013 eine überparteiliche, dringliche Motion mit dem Titel "Einsetzung einer parlamentarischen, nicht ständigen Kommission Aufgabenüberprüfung Infrastruktur- und Umweltkommission" (2013/04) angenommen und überwiesen.

Für die Überprüfung des weiteren Bestehens bzw. einer allfälligen Neuausrichtung der heutigen Infrastruktur- und Umweltkommission und die anschliessend erforderliche Teilrevision des Reglements über die ständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates wurde eine parlamentarische, nicht ständige Kommission "Aufgabenüberprüfung Infrastruktur- und Umweltkommission" (IUK) eingesetzt. Der Kommission gehörte je eine Vertretung jeder GGR-Fraktion an. Folgende Personen wurden mit Stimmrecht in die Kommission gewählt:

- BDP: Thomas Dermond
- EVP/EDU: Thomas Schweizer
- FDP/glp: Hans Berger (Präsident)
- SP/Grüne: Daniel Schmutz (Vizepräsident)
- SVP: Daniel Marti

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

Seite 15

Die Kommission wurde per 22. März 2013 eingesetzt. Sie hatte den Auftrag, das weitere Bestehen bzw. eine allfällige Neuausrichtung der heutigen Infrastruktur- und Umweltkommission (Namensgebung, Aufgaben und Kompetenzen) zu überprüfen und dem Grossen Gemeinderat einen Antrag auf Aufhebung oder Beibehaltung mit einem Lösungsvorschlag in Form einer Teilrevision von Anhang 1 (heutige Infrastruktur- und Umweltkommission) des Reglements über die ständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates zum Entscheid vorzulegen.

Stellungnahme

Der Grosse Gemeinderat hat am 29. November 2013 beschlossen, die bisherige Infrastruktur- und Umweltkommission aufzuheben und eine neue Umwelt- und Energiekommission mit erweiterten Aufgaben einzusetzen.

Aufgrund dieser Ausgangslage wurden die Parteien und Fraktionen gebeten, ihre Nominierungen der Abteilung Präsidiales bis Ende Dezember 2013 schriftlich bekannt zu geben. Die Wahlen erfolgen gestützt auf die Kommissionssitzzuteilung der Parteien vom 1. Dezember 2010 für die bisherige Infrastruktur- und Umweltkommission (je 1 Sitz für BDP, EVP, FDP, Grüne, glp, SP, SVP). Folgende Nominierungen wurden fristgerecht schriftlich durch die jeweilige Partei angemeldet:

Name/Vorname	Beruf	Adresse	PLZ/Ort	Partei
Schenk Marcel (Präsident von Amtes wegen)	Geschäftsleiter pro Senectute Kanton Bern	Zelggässli 93	3612 Steffisburg	SP
Berger Hans	Wirtschaftsinformatiker	Hohgantweg 1D	3612 Steffisburg	glp
Marti Hans Rudolf	Landwirt	Oberer Riedererweg 61	3612 Steffisburg	SVP
Wälti Sandra	Podologin SPV	Zelgstrasse 18	3612 Steffisburg	BDP
Nomination erfolgt direkt an der GGR-Sitzung				FDP
Nomination erfolgt direkt an der GGR-Sitzung				EVP
Schmidt Theo	Dipl. Ingenieur	Ortbühlweg 44	3612 Steffisburg	Grüne

Behandlung

Ursula Saurer gibt bekannt, dass für die neue Umwelt- und Energiekommission heute Abend sieben Mitglieder gewählt werden. Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 29. November 2013 beschlossen, die bisherige Infrastruktur- und Umweltkommission durch eine Umwelt- und Energiekommission zu ersetzen. Die fehlenden Nominierungen der FDP und EVP werden wie folgt ergänzt:

Name/Vorname	Beruf	Adresse	Partei
Schenk Marcel (Präsident von Amtes wegen)	Geschäftsleiter pro Senectute Kanton Bern	Zelggässli 93	SP
Berger Hans	Wirtschaftsinformatiker	Hohgantweg 1D	glp
Marti Hans Rudolf	Landwirt	Oberer Riedererweg 61	SVP
Wälti Sandra	Podologin SPV	Zelgstrasse 18	BDP
Lengen André	Dipl. Ing. HTL/BWL	Ortbühlweg 100	FDP
Enggist Markus	Krankenpfleger	Honeggweg 14	EVP
Schmidt Theo	Dipl. Ingenieur	Ortbühlweg 44	Grüne

Die Vorsitzende schlägt vor, die vorstehend nominierten Personen in globo zu wählen. Einstimmig erklärt sich der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden.

Wahl

Einstimmig werden die nominierten Personen in die neu geschaffene Umwelt- und Energiekommission gewählt. Somit fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Gestützt auf die Kommissionssitzzuteilung der Parteien vom 1. Dezember 2010 für die bisherige Infrastruktur- und Umweltkommission werden folgende Parteivertretende in die neue Umwelt- und Energiekommission gewählt:

Name/Vorname	Beruf	Adresse	Partei
Schenk Marcel (Präsident von Amtes wegen)	Geschäftsleiter pro Senectute Kanton Bern	Zelggässli 93	SP
Berger Hans	Wirtschaftsinformatiker	Hohgantweg 1D	glp
Marti Hans Rudolf	Landwirt	Oberer Riedererweg 61	SVP
Wälti Sandra	Podologin SPV	Zelgstrasse 18	BDP
Lengen André	Dipl. Ing. HTL/BWL	Ortbühlweg 100	FDP
Enggist Markus	Krankenpfleger	Honeggweg 14	EVP
Schmidt Theo	Dipl. Ingenieur	Ortbühlweg 44	Grüne

2. Die Amtsdauer beginnt am 1. März 2014 und endet am 31. Januar 2015 (Ende Legislaturperiode für Kommissionen 2011 – 2014).
3. Eröffnung an:
 - Gewählte Kommissionsmitglieder gemäss vorstehender Auflistung (mit Wahlanzeige)
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales
 - Präsidiales (Behördenverzeichnis + Internet)
 - Präsidiales (10.094.003)

2014-17 Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Verkehrsberuhigung Oberdorf" (2013/14); Behandlung

Traktandum 17, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Oktober 2013 reichte die FDP/glp-Fraktion ein Postulat mit dem Titel „Verkehrsberuhigung Oberdorf“ (2013/14) ein.

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern zu prüfen, wie für das Oberdorf Steffisburg eine Verkehrsberuhigung nach dem Vorbild des „Verkehrsversuchs Mittelzone Innenstadt Thun“ mit blauen Wellen erreicht werden kann. Für die Oberdorfstrasse soll eine Situation geschaffen werden mit einem gleichmässigen Verkehrsfluss ohne Fussgängerstreifen, geprägt von gegenseitiger Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer.

Begründung:

Das heutige Verkehrsaufkommen im Oberdorf Steffisburg führt regelmässig zu Staus. Fussgänger benützen die vorhandenen Fussgängerstreifen oft nicht und überqueren die Strasse dort, wo es die Situation mit dem ständigen Wechsel von stehendem und fahrendem Verkehr gerade erlaubt. Dadurch werden die geltenden Vortrittsregeln missachtet und gefährliche Situationen provoziert. Damit das Oberdorf eine attraktivere Zone für Geschäfte, Restaurants, Praxen und Wohnen wird, muss es Besuchern möglich sein, sich gefahrlos und unbehindert bewegen zu können. Mit einer Lösung wie der "blauen Welle" in der Innenstadt von Thun könnte eine Geschwindigkeitsreduktion und ein gleichmässiger Verkehrsfluss mit weniger Staus erreicht werden, ohne dass starre Geschwindigkeitsvorschriften erlassen werden müssen. Die Erfahrungen aus Thun zeigen, dass solche Zonen mit hohem Verkehrsaufkommen ohne Fussgängerstreifen mit eigenverantwortlichem Handeln der Verkehrsteilnehmer besser funktionieren und kein höheres Risiko bergen als mit traditionellen Vortrittsregelungen.

Der Gemeinderat hat das Postulat am 14. Oktober 2013 der Abteilung Sicherheit (Federführung) in Verbindung mit der Abteilung Hochbau/Planung und dem Gemeindepräsidium zur Stellungnahme zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Die Thematik wurde bereits in der Entwicklungsplanung Oberdorf und dort insbesondere in der „Gesamtplanung Scheidgasse“ aufgenommen. Im Zusammenhang mit den angedachten Veränderungen im Oberdorf sind der Verkehrsfluss und die Abbiegebeziehungen sowie die Querung der Strasse komplexe Themen, die mit dem Obergeringenieurkreis I als Strasseneigentümer überprüft werden.

Der Vorstoss zielt in die gleiche Richtung und wird daher angenommen.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. „Verkehrsberuhigung Oberdorf“ (2013/14) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Sicherheit
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 4. März 2014, in Kraft.

Behandlung

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und empfiehlt das Postulat anzunehmen, da diese Thematik bereits in die Entwicklungsplanung aufgenommen wurde.

Erstunterzeichner Hans Berger (glp) dankt dem Gemeinderat für die Prüfung und die Stellungnahme.

Detailberatung

Daniel Schmutz teilt namens der SP/Grüne-Fraktion mit, dass sie das Anliegen im Grundsatz unterstützt. Bezüglich der Massnahme der blauen Mittelzone nach dem Vorbild der Thuner Innenstadt gehen die Meinungen in der SP/Grüne-Fraktion auseinander. Die Situation der Thuner Innenstadt kann nicht mit der Situation in Steffisburg verglichen werden, vor allem in Bezug auf die Übersichtlichkeit.

Margret Bachmann hebt im Namen der EVP/EDU-Fraktion die Wichtigkeit hervor, dass bei allen Überlegungen die Sicherheit der Kinder in die Planung miteinbezogen werden muss.

Stefan Schneeberger verzichtet auf ein Schlusswort.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. „Verkehrsberuhigung Oberdorf“ (2013/14) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Sicherheit
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

2014-18 Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Autofreier Dorfplatz" (2013/15); Behandlung

Traktandum 18, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Oktober 2013 reichte die FDP/glp-Fraktion ein Postulat mit dem Titel „Autofreier Dorfplatz“ (2013/15) ein.

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Dorfplatzes eine unterirdische Parkieranlage realisiert und wie diese finanziert werden kann.

Begründung:

Im Oberdorf werden in den nächsten Jahren verschiedene Bauvorhaben realisiert oder bestehende Gebäude renoviert. Nicht überall ist das Parkplatzproblem gelöst. Dies ist eine Chance für die Gemeinde, zusammen mit diesen Eigentümern eine gemeinsame Parkieranlage zu realisieren.

Damit liessen sich der Dorfplatz autofrei und in eine wirkliche Begegnungszone umgestalten, das Parkplatzproblem im Oberdorf für Privat und Gemeinde lösen, oberirdische Parkplätze aufheben und eine Aufwertung des Oberdorfes erzielen. Nachdem ein Projekt Überbauung Dorfplatz in absehbarer Zeit nicht realisiert werden dürfte, bietet sich der Gemeinde die einmalige Chance, mit Beteiligung von privaten Investoren ein zukunftsgerichtetes Projekt zu realisieren."

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 14. Oktober 2013 das Postulat der Abteilung Hochbau/Planung (Federführung) in Zusammenarbeit mit dem Gemeindepräsidium zur Stellungnahme zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat hat sowohl medial wie im Grossen Gemeinderat mehrmals kommuniziert, dass die Entwicklung des Dorfplatzes erst in Angriff genommen wird, nachdem die Nutzungen auf dem Areal Scheidgasse und im Landhaus definiert und gesichert sind. Mit diesem vorausschauenden Vorgehen wird sichergestellt, dass allfällige Nutzungen, welche in den vorgenannten Planungssperimetern keinen Platz finden, im Bereich des Dorfplatzes geprüft werden können.

Der Gemeinderat orientierte auch jeweils, dass er eine öffentliche unterirdische Autoeinstellhalle beabsichtigt zu realisieren, welche zusammen mit privaten Nutzern erstellt und belegt werden kann. Das Projekt „unterirdisches Parking im Perimeter des Dorfplatzes“ isoliert zu betrachten, macht wenig Sinn. Auf, um und unter dem heutigen Dorfplatz besteht ein grosses Potential weitere Nutzungen optimal zu kombinieren (Synergieeffekt). Es ist bekannt, dass die Denkmalpflege aus Gründen des Orts- resp. Strassenbildes mindestens einen qualitativ hochwertigen Ersatz für die Liegenschaft Oberdorfstrasse 22 (Villa Beutler) verlangt. Die verschiedenen nach der „Versenkung“ des Projektes Alpenkalk skizzierten Möglichkeiten zeigen zudem, dass die Zu- und Wegfahrt zu einer Einstellhalle unter dem Dorfplatz sinnvollerweise über das Zibelegässli erfolgen soll (wird vom Kanton so auch unterstützt) - also an jenem Ort, an welchem der vorgenannte Neubau erstellt werden muss. Das bedingt im Weiteren eine Koordination zwischen Strassenprojekt und Bauprojekt.

Das Postulat deckt sich mehrheitlich mit dem vom Gemeinderat kommunizierten Vorgehen (was das unterirdische Parking betrifft) und kann im Sinne einer Zustimmung zu dessen Planungsabsichten angenommen werden. Die Prüfung wurde bereits in der Vergangenheit durch den Gemeinderat vorgenommen. Somit kann das Postulat auch gleichzeitig abgeschlossen werden.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Autofreier Dorfplatz" (2013/15) wird angenommen.
2. Der Vorstoss wird gleichzeitig als erfüllt abgeschlossen.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 4. März 2014, in Kraft.

Behandlung

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und hebt hervor, dass das unterirdische Parkieren in der heutigen Zeit sicher sinnvoll ist. Aus diesem Grund unterstützt der Gemeinderat das Anliegen der FDP/glp-Fraktion, da es sich mit den Absichten des Gemeinderates deckt, damit der Dorfplatz als Begegnungszone autofrei werden kann. Jedoch kann keine Einstellhalle gebaut werden, wenn noch unklar ist, was dereinst auf dem Platz realisiert werden will. Entscheidend ist, was Private in den gegenüberliegenden Arealen (Landi, Scheidgasse, Landhaus) für Nutzungen realisieren. Dabei handelt es sich um private Entscheide und nicht um Entscheide der Gemeinde. Es ist noch unklar, wie viele Parkplätze schlussendlich beansprucht werden und wer welchen Anteil (Kostenteiler) übernimmt. Das Begehren der FDP/glp-Fraktion, die Realisierung einer unterirdischen Parkieranlage, wird daher zu gegebener Zeit in die Planung miteinbezogen. Lorenz Kopp empfiehlt, den Vorstoss anzunehmen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

Erstunterzeichner, Beat Wegmann (FDP), dankt dem Gemeinderat für die Antwort, welche allerdings nicht vollständig befriedigt. Der Gemeinderat unterstützt zwar die Realisierung einer Einstellhalle. Jedoch wird die Entwicklung erst in Angriff genommen, nachdem die Nutzung auf dem Areal Scheidgasse und Landhaus definiert wurde und gesichert ist. Zum finanziellen Aspekt wird überhaupt nichts erwähnt. Die FDP/glp-Fraktion stellt sich die Frage, ob es dann nicht wohl bereits zu spät sei, die Planung anzugehen, wenn die anderen Projekte definiert und gesichert wurden. Für die politischen Wege und der herrschende Sachzwang hat die FDP/glp-Fraktion Verständnis. Es kann hingegen zu lange gewartet, entwickelt, geplant und koordiniert werden. Aus diesem Grund ist die Fraktion der Meinung, dass der Gemeinderat diesbezüglich proaktiv handeln und auf die entsprechenden Leute zuzugehen soll. Vielleicht tut er dies, teilt es aber nicht mit. Aus diesen Gründen ist die FDP/glp-Fraktion mit der Antwort des Gemeinderates nicht ganz zufrieden und ist daher der Meinung, das Postulat nicht abzuschreiben.

Es erfolgen keine weiteren Diskussionen.

Schlusswort

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, orientiert, dass Gespräche mit Grundeigentümern geführt werden. Ebenso ist die Gemeinde bei Planungssitzungen bezüglich Scheidgasse vertreten. Er denkt, dass sich die Stossrichtung bald einmal abzeichnen wird. Das Vorhaben muss zudem im Finanzplan integriert werden. Dieser Teil ist die Sequenz der nächsten Planungsschritte. Aus diesen Gründen können zum heutigen Zeitpunkt noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Abstimmung über die Annahme des Postulats

Einstimmig ist der Rat für die Annahme des Postulats.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats als erfüllt

Mit 28 zu 2 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ist der Rat für die Abschreibung des Postulats.

Somit fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Autofreier Dorfplatz" (2013/15) wird angenommen.
2. Der Vorstoss wird gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Hochbau/Planung
 - Präsidiales (10.061.002)

2014-19 Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Einrichtung von Reisemobilstellplätzen" (2013/16); Behandlung

Traktandum 19, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Oktober 2013 reichte die FDP/glp-Fraktion ein Postulat mit dem Titel „Einrichtung von Reisemobilstellplätzen“ (2013/16) ein.

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob in Steffisburg ein Angebot an Stellplätzen für Reisemobil-Touristen sinnvoll ist und geschaffen werden kann. Hierzu sollen mögliche Standorte eruiert und bewertet werden. Zudem soll der notwendige Aufwand in Form einer Kostenschätzung ermittelt werden, wobei auch die optionale Einrichtung einer Ver- und Entsorgungsstation am Platz und die notwendige Beschilderung zum Platz berücksichtigt werden sollen. Bezüglich Planung und Kosten sollte auch mit dem örtlichen Reisemobilhändler Kontakt aufgenommen werden.

Begründung:

Der Reisemobiltourismus hat sich in letzter Zeit zu einer neuen Freizeit- und Urlaubsform entwickelt, die von immer mehr Menschen wahrgenommen wird (vgl. hierzu die starke Zunahme der Verkaufszahlen von Wohnmobilen gegenüber Wohnwagen in den letzten 10 Jahren!). Diese sind bereit, ihr Geld dort auszugeben, wo sie willkommen sind und sich wohl fühlen. Gerade Städtereisen sind für Reisemobil-Urlauber von grossem Interesse. In der Schweiz ist dieses Bedürfnis leider noch nicht gross erkannt worden und es fehlt deshalb praktisch überall an geeigneten Standplätzen für Reisemobile. Die Internetseite www.wohnmobil-stellplaetze.net listet für das gesamte Berner Oberland lediglich 4 Abstellplätze in Spiez auf!

Auch für Steffisburg als überregionales touristisches Ziel würde die Einrichtung von Stellplätzen eine sinnvolle Erweiterung des touristischen Angebots darstellen. Gefragt sind vor allem Wohnmobilstellplätze in Stadtnähe mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Die Reisemobiltouristen wollen nach längerer Fahrt ihr Fahrzeug sicher parken und danach in Ruhe einkaufen, essen oder die Umgebung erkunden gehen. Da die Verweildauer auf solchen Standplätzen in der Regel nur sehr kurz ist, müssen sie bei weitem nicht den Komfort eines Campingplatzes bieten. Inwiefern daher überhaupt Wasser-, Abwasser-, Beleuchtungs- oder Stromanschlüsse erforderlich sind, ist zu prüfen. Allenfalls genügt auch nur das Zurverfügungstellen einer ebenen (geteerten oder geschotterten) Fläche. Zumindest das

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

Aufstellen einer Mülltonne ist sicherlich sinnvoll. Je nach Ausstattung ist sodann auch die Stellplatzgebühr festzulegen, ausser man wolle zur Tourismusförderung gänzlich auf ein solche verzichten. Ideal wäre zudem eine ganzjährige Nutzungsdauer.

Da der Erwerb eines Reisemobils nicht gerade billig ist, handelt es sich bei den Reisemobil-Touristen (häufig „Generation 55plus“) in der Regel um finanzstarke und kaufkräftige Touristen. Die Einrichtung von Stellplätzen für Reisemobile ist somit nicht nur unter dem Aspekt des Tourismus sondern auch als Wirtschaftsfaktor und Umsatzgenerator für viele Branchen zu verstehen. Es sollte daher auch für Steffisburg geprüft werden, ob ein solches Angebot mit vertretbaren Mitteln sinnvoll geschaffen werden kann.“

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 14. Oktober 2013 das Postulat der Abteilung Hochbau/Planung (Federführung) in Zusammenarbeit mit der Abteilung Sicherheit zur Stellungnahme zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat als Planungsbehörde ist gerne bereit, beim Vorliegen einer konkreten Anfrage für das Erstellen und Betreiben eines Reisemobilstellplatzes die Eignung des beabsichtigten Standortes bezüglich raumplanerischer Verträglichkeit, umweltrelevanter Einflüsse und der verkehrlichen Situation zu prüfen. Dieses Vorgehen hat er im letzten Jahr bereits bei der Anfrage zum Errichten eines Campingplatzes auf dem Hartlisberg angewendet. Der Gemeinderat hat die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild höher gewichtet als den touristischen Nutzen und deshalb das Umzonungsgesuch abgelehnt.

Ein ähnlicher Vorstoss erfolgte im Jahre 2008 mit dem Titel „Ein Stück Euro-Kuchen für Steffisburg“ (2008/01). Im Postulat wurde der Gemeinderat angefragt, ob er während der Fussball-Europameisterschaft temporäre Abstellplätze für Camper zur Verfügung stellen könnte. Dabei zeigte sich, dass ohne Defizitgarantie kein kommerzieller Betreiber für ein solches Anliegen gefunden werden konnte. Auch aus den Reihen der seinerzeitigen Postulanten liess sich niemand finden, welcher zu Gunsten der mit dem Postulat vorausgesagten Tourismusförderung und Wertschöpfung den Camper-Abstellplatz betrieben hätte.

Der Gemeinderat erachtet das Zurverfügungstellen von Reisemobilstellplätzen nicht als seine Aufgabe. Ein solcher Platz könnte z.B. durch eine in diesem Bereich bereits tätige Firma angeboten werden.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Einrichtung von Reisemobilstellplätzen" (2013/16) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Hochbau/Planung
 - Sicherheit
 - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 4. März 2014, in Kraft.

Behandlung

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, erläutert den Vorstoss anhand des vorstehenden Berichts und hebt hervor, dass das zur Verfügung stellen von Reisemobilstellplätzen nicht die Aufgabe der Gemeinde Steffisburg sein kann und mit Steuergeldern der Steffisburger Bürgerinnen und Bürger bezahlt wird. Steffisburg ist auch kein überregional touristisches Ziel. Ein ähnlicher Vorstoss, welcher im Rahmen der Fussball-Weltmeisterschaft im 2008 eingereicht wurde, zeigte, dass es machbar gewesen wäre, jedoch kein Betreiber gefunden werden konnte. Möchte ein Privater einen Reisemobilstellplatz einrichten, so ist die Gemeinde bereit, dieses Vorhaben raumplanerisch und verkehrstechnisch zu prüfen. Das Anliegen ist verständlich, jedoch aus vorgenannten Gründen empfiehlt Lorenz Kopp, das Postulat abzulehnen.

Erstunterzeichner, Michael Riesen (FDP), ist mit der Antwort des Gemeinderates nicht einverstanden. Wird ein Augenmerk auf die definierten Legislaturziele des Gemeinderates gerichtet, so ist unter anderem auch die Raumpolitik und Wirtschaftsförderung aufgeführt. Aus seiner Sicht handelt es sich dabei um eine solche Massnahme. Dieses Anliegen wurde nicht erfunden, sondern entstand aus einem Kontakt mit der Firma Ruchti AG in Steffisburg. Bekanntlich ist diese Firma eine grosse Anbieterin von Wohnmobilen und Wohnwagen. Es wurde ihm mitgeteilt, dass es generell in der Schweiz, speziell jedoch hier in der Umgebung, an solchen Plätzen mangelt. Aus diesen Gründen stellt das Anliegen ein Bedürfnis dar,

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

welches angegangen werden sollte. Der Gemeinderat macht es sich einfach, wenn er dieses erst gar nicht prüfen will. Er ist auch der Meinung, dass dieses Bedürfnis nicht der Steuerzahler belasten soll. Es kann auch einfach eine Fläche zur Verfügung gestellt werden. Aus seiner Sicht würde ein solcher Platz schon reichen und wäre kein übertriebener Aufwand. Die FDP/glp-Fraktion sieht dieses Anliegen als Chance und nicht als eine Verpflichtung an. Steffisburg hat touristisch nicht viel zu bieten. Aus diesen Gründen stellt die Fraktion den Antrag, das Postulat anzunehmen, damit der Gemeinderat das Anliegen prüft.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schlusswort

Lorenz Kopp wünscht kein Schlusswort.

Abstimmung über den Antrag von Michael Riesen (FDP/glp-Fraktion) – Annahme des Postulats

Mit 23 zu 8 Stimmen wird den Antrag von Michael Riesen abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates – Ablehnung des Postulats

Mit 23 zu 8 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Somit fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der FDP/glp-Fraktion betr. "Einrichtung von Reisemobilstellplätzen" (2013/16) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Hochbau/Planung
 - Sicherheit
 - Präsidiales (10.061.002)

2014-20 Postulat der SP-Fraktion betr. "Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit" (2010/20); Abschreibung

Traktandum 20, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registatur

10.061.002 Postulate

Ausgangslage

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 26. August 2010 reichte die SP-Fraktion ein Postulat mit dem Titel „Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit“ (2010/20) ein.

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, mit welchen geeigneten Massnahmen die Freiwilligenarbeit in unserer Gemeinde anerkannt und gefördert werden kann.

In unserer Gemeinde leisten sehr viele Menschen Freiwilligenarbeit. Unsere Gemeinde könnte ohne diese grosse Arbeit, die geleistet wird, nicht funktionieren. Die Freiwilligenarbeit wird aber in unserer Gemeinde zu wenig beachtet und anerkannt. Diese unentgeltliche Arbeit soll in Zukunft anerkannt und gefördert werden. In vielen Bereichen unseres Gemeinwesens wird Freiwilligenarbeit geleistet. Wir denken hier an die Freiwilligenarbeit in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Politik und Nachbarschaftshilfe. Unserer Ansicht nach wird diese Freiwilligenarbeit zu wenig beachtet und anerkannt. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Gemeinderat prüfen soll, mit welchen geeigneten Massnahmen die Freiwilligenarbeit anerkannt und gefördert werden kann.

Wir könnten uns beispielsweise vorstellen, dass im Rahmen der Ehrung erfolgreicher Steffisburgerinnen und Steffisburger auch Personen, die sich in der Freiwilligenarbeit besonders verdient gemacht haben, geehrt werden könnten oder dass den Freiwilligen ein Gutschein für die Anerkennung ihrer Tätigkeit abgegeben werden könnte. Dies könnten Gutscheine für den Einkauf in den Steffisburger Geschäften oder für den Besuch eines Konzertes oder Theater sein.

Der Grosse Gemeinderat hat das Postulat am 26. November 2010 angenommen. Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts „Integration“ wurde der Vorstoss der Abteilung Sicherheit bzw. der Fachkommission für Integration und Familie zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Die Wichtigkeit von freiwilliger Arbeit ist kaum bestritten. Zu offensichtlich sind die Leistungen von Frauen und Männern, die sich in Vereinen, in der Kultur, der Kirche, der Nachbarschaftshilfe usw. einsetzen. Ohne dieses Engagement würde Vieles nicht klappen oder bei der Gemeinde „hängen“ bleiben. Es ist daher auch im Interesse der Gemeinde, dass die vielen Freiwilligen ihren Job auch weiterhin machen und immer wieder neue Freiwillige gefunden werden können.

BENEVOL Schweiz (www.benevol.ch) ist die Dachorganisation der Fach- und Vermittlungsstellen für Freiwilligenarbeit in der Deutschschweiz. Ihre Aufgaben sind die Vernetzung und der Informationsfluss zwischen den Fach- und Vermittlungsstellen und die Unterstützung beim Aufbau von neuen Fachstellen. Für BENEVOL Schweiz, die sich intensiv mit der Freiwilligenarbeit auseinandersetzt, ist die Anerkennung ein zentraler Punkt in der Förderung der Freiwilligenarbeit. Dies dürfte auch in der Gemeinde Steffisburg unumstritten sein. Bei der Umsetzung zeigen sich jedoch praktische Schwierigkeiten. Wer gilt als freiwillig tätige Person? In welchem Umfang muss eine Person freiwillige Arbeit leisten, um in irgendeiner Art verdankt zu werden? Oder wie viel ist ganz normale Selbstverständlichkeit, wenn jemand z.B. den betagten Nachbarn aushilft? Wer hat die Übersicht über die geleistete Arbeit, über die Freiwilligen?

Ehrenamt – Freiwilliger Arbeit

Es gibt Definitionen, welche die Arbeit in Kommissionen und Behörden als ehrenamtliche Tätigkeit benennen und nicht zu der freiwilligen Arbeit zählen. Ehrenamtlich tätig werden kann nicht jede Person. Diese werden mit einem klaren Auftrag in ein Amt gewählt und erhalten zum Teil auch eine Entschädigung. Freiwillige engagieren sich nur bedingt in Organisationen, man kann sich auch selber einen Auftrag geben und Arbeiten für das Gemeinwesen leisten.

Wo sind die Freiwilligen tätig?

Im Auftrag der Gemeinde sind kaum Freiwillige engagiert, allenfalls in einzelnen Abteilungen (Bildung: Elternrat; Soziales: Private Mandatsträger). Der grösste Teil der Freiwilligen ist in einer Organisation (z.B. Verein, Kirche usw.) tätig. Es gibt aber auch solche, die nicht organisiert (z.B. Nachbarschaftshilfe) tätig sind. Wer nun als „freiwillig tätig“ bezeichnet werden kann, ist kaum definier- oder überprüfbar.

Wer trägt welche Verantwortung?

Arbeiten die Freiwilligen in Organisationen, stehen diese Vereine, Gruppierungen oder die Kirche in der Pflicht, Verantwortung für „ihre Freiwilligen“ zu übernehmen. Sie müssen die Wertschätzung vermitteln, Weiterbildungsmöglichkeiten aufzeigen und Mitsprachemöglichkeiten ermöglichen. Die Gemeinde kann sich hier nur bedingt einbringen. Wichtig ist jedoch, dass den Vereinen und Organisationen gute Rahmenbedingungen in der Gemeinde ermöglicht werden. Was bedeuten kann, dass Vereine die Infrastruktur der Gemeinde zu günstigen Konditionen benutzen (Aula, Turnhallen, Marktstände usw.) können.

Der Gemeinderat beabsichtigt folgendes für die Anerkennung der Freiwilligen in der Gemeinde Steffisburg umzusetzen:

- Zum Tag der Freiwilligen (5. Dezember) wird in der Zugpost, Thuner Tagblatt, Landbote jeweils eine Person / Gruppe / Tätigkeit porträtiert und verdankt.
- Eine Ehrung und Anerkennung der Personen, die Freiwilligenarbeit leisten, in einem gemeinsamen Anlass zusammen mit den erfolgreichen Steffisburgerinnen und Steffisburgern. Die Personen sollen von Vereinen und Organisationen, aber auch von einzelnen Personen vorgeschlagen werden können.

Der Gemeinderat beauftragte die Fachkommission für Integration und Familie, ein Merkblatt darüber auszuarbeiten, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit eine Person, eine Gruppe oder eine besondere Tätigkeit ausgezeichnet oder porträtiert werden kann. Weil diesbezüglich keine messbaren Resultate oder Rangierungen herbeigezogen werden können, wird es nötig sein, ein Gremium einzusetzen, welches schlussendlich die eingereichten Vorschläge prüft und einen entsprechenden Entscheid fällt. Diese Entscheidungskompetenz (Jury) wird der Fachkommission für Integration und Familie übertragen.

Antrag Gemeinderat

1. Das Postulat der SP-Fraktion betr. „Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit“ (2010/20) wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
 - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Fachkommission für Integration und Familie
 - Sicherheit

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 4. März 2014, in Kraft.

Behandlung

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und betont die Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit. Für die Gemeinde ist es schwierig, eine klare Abgrenzung zu schaffen ab wann es sich um Freiwilligenarbeit handelt und wann nicht. Ehrenamtliche Arbeit ist nicht unbedingt Freiwilligenarbeit. Zu dieser Thematik hat die FDP/glp-Fraktion im 2003 ein Postulat eingereicht mit dem Titel „Sozialzeitausweis“. Im März 2007 wurde das Postulat als erfüllt abgeschrieben. Es ging darum, freiwillige und ehrenamtliche Arbeit in geeigneter Form zu dokumentieren und zu anerkennen. Als Basis dazu diente der Leitfaden zum „Schweizerischen Sozialzeitausweis“. Dieser beschreibt wie dieser Ausweis einzusetzen ist. Es geht um die Beurteilung und schlussendlich um das Erbringen eines Nachweises für geleistete freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten. Nutzniesser dieser Tätigkeiten sind zum Beispiel Vereine. Die Gemeinde Steffisburg verfügt über solche Dokumente. Auf Wunsch kann ein solcher Nachweis durch die Gemeinde ausgestellt werden lassen bzw. es können entsprechende Dokumentvorlagen bezogen werden. Es ist jedoch Sache der betroffenen freiwilligen oder ehrenamtlich tätigen Person, diesen Wunsch zu äusseren und einen solchen Nachweis zu verlangen. Bei der Gemeinde Steffisburg verfügt die Abteilung Präsidiales über die genannten Unterlagen. Sie gibt diese Dokumentation gerne ab oder füllt auf Wunsch diese Nachweise (Tätigkeiten im Rahmen der Gemeinde) aus. Es ist zu erwähnen, dass seit 2007 gerade nur drei Nachweise ausgestellt wurden. Der Gemeinderat hat entschieden, die Freiwilligenarbeit stärker anzuerkennen. Unter anderem ist vorgesehen, jeweils zum Tag der Freiwilligen am 5. Dezember Personen, Gruppen oder Tätigkeiten in lokalen Medien vorzustellen sowie einen Anlass zur Ehrung und Anerkennung von Personen, die Freiwilligenarbeit leisten, zu organisieren. Stefan Schneeberger empfiehlt im Namen des Gemeinderates, das Postulat abzuschreiben.

Erstunterzeichnerin, Therese Tschanz (SP), dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme sowie die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. Sie spürt, dass die Freiwilligenarbeit ein offenes Ohr geniessen darf. Bei dieser Gelegenheit dankt sie im Namen der SP/Grüne-Fraktion allen Personen, welche diese wertvolle Freiwilligenarbeit zu Gunsten der Mitmenschen tagtäglich leisten. Die Fraktion freut sich besonders über den Tag der Freiwilligen am 5. Dezember.

Detailberatung

Thomas Schweizer (EVP) erachtet die Freiwilligenarbeit als etwas Wichtiges. Die EVP/EDU-Fraktion begrüsst die zwei beabsichtigten Massnahmen des Gemeinderates. Die Fraktion stellt fest, dass es heutzutage schwieriger geworden ist, Freiwillige zu finden. Diese getroffenen Massnahmen haben eine Signalwirkung und werden entsprechend geschätzt. Die EVP/EDU-Fraktion schlägt vor, die ehrenamtliche Arbeit zur freiwilligen Arbeit dazuzuzählen. Bei der ehrenamtlichen Arbeit wird oft ein Sitzungsgeld ausbezahlt. Dieses Sitzungsgeld drückt die entsprechende Anerkennung aus und stellt keine Lohnentschädigung dar. Ehrenamtlich tätige Personen sollten daher auch vorgeschlagen werden können, da sie ebenso wertvolle Arbeit leisten. Der Nachweis über freiwillig geleistete Arbeit wirkt sich zum Beispiel bei Bewerbungen oftmals positiv aus.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Schlusswort

Stefan Schneeberger stellt fest, dass sich die Abgrenzung zwischen ehrenamtlicher oder freiwilliger Arbeit schwierig gestaltet. Es kann nicht Sache der Gemeinde sein, alles was flächendeckend geleistet wird zu verdanken. Der Gemeinderat wird das Anliegen bezüglich Abgrenzung entgegen nehmen und prüfen. Primär liegt es bei den Institutionen, Parteien, Vereine sowie Nachbarn, entsprechende Hilfestellungen zu verdanken.

Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

Beschluss

1. Das Postulat der SP-Fraktion betr. „Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit“ (2010/20) wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

3. Eröffnung an:
- Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
 - Fachkommission für Integration und Familie
 - Sicherheit
 - Präsidiales (10.061.002)

2014-21 Interpellation der FDP/glp-Fraktion betr. "Umsetzung Gefahrenkarte" (2013/18); Beantwortung

Traktandum 21, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061.003 Interpellationen

Ausgangslage

Am 29. November 2013 reichte die FDP/glp-Fraktion eine Interpellation mit dem Titel „Umsetzung Gefahrenkarte“ (2013/18) ein.

Begehren

Anlässlich der GGR-Sitzung vom 25. August 2011 wurde die Motion „Gefahrenkarte“ der FDP/GLP-Fraktion in ein Postulat umgewandelt. Diese Umwandlung geschah aufgrund des damals durch den zuständigen Gemeinderat abgegebenen Versprechens, die Umsetzung der Gefahrenkarte nicht auf die lange Bank zu schieben und „die Angelegenheit anzugehen“. Seither wurde der GGR in dieser Sache nicht mehr informiert. Im Finanzplan 2014 – 2018 bzw. im Investitionsprogramm 2013 – 2018 ist die Gefahrenkarte zwar mit der Priorität A1 gekennzeichnet, über das Jahr 2013 hinaus sind jedoch keine weiteren Beträge eingestellt. Für die mit einem faktischen und rechtlichen Bauverbot betroffenen Grundeigentümer ist diese Situation unhaltbar. Wir gelangen deshalb mit den folgenden Fragen an den Gemeinderat:

1. *Was ist seit der GGR-Sitzung vom 25. August 2011 von Seiten des Gemeinderats unternommen worden, um diese Gefahrenkarte innert vernünftiger Frist umzusetzen? Wie ist der aktuelle Stand? Ist die noch im Jahre 2011 in Aussicht gestellte Bewilligung eines Projektierungskredits für die Definition der Sanierungsmassnahmen entlang der Zulg erfolgt? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?*
2. *Wie lautet das Ergebnis der Kosten-/Nutzenanalyse der aus der Defizitanalyse vorgeschlagenen Massnahmen und wie lauten die vom Gemeinderat gestützt darauf gefassten Beschlüsse (welche Massnahmen sollen konkret wann umgesetzt werden)?*
3. *Wieso sind im Finanzplan für die Umsetzung der Gefahrenkarte keine Gelder eingestellt, obwohl die umzusetzenden Massnahmen (entsprechend ihrer Tragbarkeit) in die rollende Überarbeitung des Finanzplanes miteinbezogen werden sollen? Wurden die betroffenen Grundeigentümer für eine finanzielle Beteiligung ihrerseits bereits kontaktiert?*
4. *Wie sieht das weitere Vorgehen (inkl. Zeitplan) aus?*

Der Gemeinderat hat die Interpellation am 9. Dezember 2013 der Abteilung Tiefbau/Umwelt (Federführung), in Zusammenarbeit mit der Abteilung Hochbau/Planung, zur Beantwortung zugewiesen.

Stellungnahme Gemeinderat

Die Flussbau AG zieht in der Defizitanalyse Hochwasserschutz und Ökologie folgendes Fazit aus den Untersuchungen:

"In der Gemeinde Steffisburg besteht ein Handlungsbedarf bezüglich der Gefährdung durch Wassergefahren. Die Ermittlung der Schutzdefizite hat gezeigt, dass im zusammenhängenden Siedlungsgebiet grossflächig kleine und lokal mittlere bis grosse Schutzdefizite bestehen. Zulg, Bösbach und Dorfbach sind im Siedlungsgebiet mehrheitlich stark beeinträchtigt resp. künstlich/naturfremd. Die Gerinne sind strukturarm und grösstenteils fest verbaut. Zudem verhindern mehrere Abstürze die Migration der Wasserfauna. In der Gemeinde Steffisburg besteht daher ein Handlungsbedarf bezüglich der Gefährdung durch Wassergefahren sowie bezüglich der Ökologie. Die Realisierung der Massnahmen an der Zulg sowie der Holzrückhalte in den bestehenden Sammlern an Dorf- und Bösbach weisen die höchste Priorität auf."

Das Hochwasserereignis vom 4. Juli 2012 hat gezeigt, dass die Aussagen der Gefahrenkarte insbesondere im Bereich der Zulg richtig sind und ein Schadenpotential besteht. Das Ereignis wurde in der Analyse des Ingenieurbüros Flussbau AG detailliert aufgearbeitet. Das Projekt Längsvernetzung Zulg sollte auf der Basis der vorhandenen Unterlagen weiterbearbeitet werden.

Die Abteilung Tiefbau/Umwelt hat im Sommer 2012 eine Projektplanung für die Längsvernetzung Zulg ausgearbeitet. Basierend auf dieser Planung und den bereits erarbeiteten Grundlagen hat der Gemeinderat am 27. Mai 2013 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 90'000.00 für die erste Planungsphase bewilligt.

Der Auftrag für diese Planungsphase wurde im Juni 2013 an ein Ingenieurbüro erteilt. In der jetzt laufenden Projektphase wurden sämtliche vorhandenen Unterlagen gesichtet und aufgearbeitet. Das Vor-

projekt "Längsvernetzung Zulg" wurde überprüft und überarbeitet. Im Moment ist der Stand so, dass eine favorisierte Ausführungsvariante hydraulisch überprüft und verifiziert wird. Anfang 2014 wird mit allen involvierten Stellen das weitere Vorgehen besprochen. Insbesondere die kantonalen Stellen werden begrüsst, da für eine spätere Ausführung der Arbeiten hohe Beiträge von Bund und Kanton erwartet werden dürfen. Bösbach und Dorfbach werden in allen Planungsschritten konzeptionell miteinbezogen. Insbesondere beim Dorfbach werden noch 2014 Massnahmen für einen Holzurückhalt geprüft.

Zu den einzelnen Fragen:

Frage 1: Was ist seit der GGR-Sitzung vom 25. August 2011 von Seiten des Gemeinderats unternommen worden, um diese Gefahrenkarte innert vernünftiger Frist umzusetzen. Wie ist der aktuelle Stand? Ist die noch im Jahre 2011 in Aussicht gestellte Bewilligung eines Projektierungskredits für die Definition der Sanierungsmassnahmen entlang der Zulg erfolgt? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?

Der Projektierungskredit für die erste Planungsphase wurde am 27. Mai 2013 durch den Gemeinderat gesprochen. Die Arbeiten mussten aufgrund gesundheitlicher Probleme des Inhabers des zuerst beauftragten Büros an ein neues Ingenieurbüro vergeben werden. Die Varianten aus dem Vorprojekt "Längsvernetzung Zulg" aus dem Jahr 2006 wurden neu beurteilt und anhand der Ereignisanalyse vom Hochwasser 2012 verifiziert. Zudem musste aufgrund des Hochwassers auch die bereits bestehende Gefahrenkarte überprüft werden. Diese Arbeiten sind abgeschlossen und eine Variante wird nun auf Vorprojektstand gebracht. Für 2014 ist eine öffentliche Planerausschreibung geplant. In diesem Verfahren wird das Projektteam für die Ausarbeitung des Bauprojekts evaluiert.

Frage 2: Wie lautet das Ergebnis der Kosten-/Nutzenanalyse der aus der Defizitanalyse vorgeschlagenen Massnahmen und wie lauten die vom Gemeinderat gestützt darauf gefassten Beschlüsse (welche Massnahmen sollen konkret wann umgesetzt werden)?

Diese Frage kann erst beantwortet werden, wenn die konkreten Massnahmeprojekte vorliegen. Die Kosten-/Nutzenanalyse aus der durchgeführten Defizitanalyse ist bekannt. Nun werden die Massnahmen konkretisiert mit dem Ziel, eine Antwort auf die Frage "Welche Massnahmen sind die richtigen?" zu erhalten. Nach Vorliegen der Resultate wird dann die darauf basierende weitere detaillierte Kosten-/Nutzenanalyse erstellt. Die Massnahmen Bösbach und Dorfbach werden in der laufenden Planung miteinbezogen. Aktuell liegen noch keine Gemeinderatsbeschlüsse vor.

Frage 3: Wieso sind im Finanzplan für die Umsetzung der Gefahrenkarte keine Gelder eingesetzt, obwohl die umzusetzenden Massnahmen (entsprechend ihrer Tragbarkeit) in die rollende Überarbeitung des Finanzplanes miteinbezogen werden sollen? Wurden die betroffenen Grundeigentümer über eine finanzielle Beteiligung ihrerseits bereits kontaktiert?

Im Finanzplan sind folgende Investitionen vorgesehen:

Planungsarbeiten

– Massnahmen Dorfbach und Bösbach	2014	je Fr.	50'000.00
– Längsvernetzung Zulg	2014	Fr.	150'000.00

Bauliche Massnahmen

– Ausbaumassnahmen Bösbach	2019-2023	netto Fr.	4'800'000.00
– Ausbaumassnahmen Dorfbach	2019-2023	netto Fr.	3'000'000.00
– Längsvernetzung Zulg	2018	netto Fr.	1'000'000.00
– Längsvernetzung Zulg	2019-2023	netto Fr.	4'200'000.00

Eine mögliche Kostenbeteiligung durch die Grundeigentümer ist noch nicht abschliessend geklärt worden.

Frage 4: Wie sieht das weitere Vorgehen (inkl. Zeitplan) aus?

Im kommenden Jahr wird das Projekt "Längsvernetzung Zulg" vorangetrieben. Das Bauprojekt sollte bis 2015 vorliegen. 2016 erfolgen Planaufgabe- und Bewilligungsverfahren. 2017 soll mit der Realisierung begonnen werden. Die Massnahmenplanungen Dorfbach und Bösbach werden 2014 parallel zur Längsvernetzung weitergeführt. Deren Realisierungszeitpunkt ist im Moment noch unklar.

Erklärung Interpellant

1. Der Interpellant und Erstunterzeichner, Michael Riesen, erklärt sich von der Antwort zur Interpellation der FDP/glp-Fraktion „Umsetzung Gefahrenkarte“ (2013/18) als befriedigt / nicht befriedigt.
2. Eröffnung an:
 - Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.003)

Behandlung

Ursula Saurer orientiert, dass die Stellungnahme zur vorstehenden Interpellation allen Ratsmitgliedern in einem Nachversand zugestellt wurde.

Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, bezieht sich auf die schriftliche Stellungnahme und ergänzt, dass aufgrund des Hochwassers vom 4. Juli 2012 die Defizitanalyse der Realität entspricht und sich die bestehende Gefahrenkarte bestätigte. Das Wasser nahm genau dort seinen Lauf, wo es vorausgesagt wurde. Mit Hochdruck wird am Projekt „Längsvernetzung Zulg“ gearbeitet. Somit werden in den nächsten Jahren, das heisst ab 2014 bis 2023, entlang von Bösbach, Dorfbach, und Zulg entsprechende Massnahmen für mehr Sicherheit vor Naturgefahren umgesetzt. Die konkret geplanten Massnahmen werden zu gegebener Zeit aufgezeigt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Erklärung Interpellant

1. Der Interpellant und Erstunterzeichner, Michael Riesen, erklärt sich von der Antwort zur Interpellation der FDP/glp-Fraktion „Umsetzung Gefahrenkarte“ (2013/18) als befriedigt.
2. Eröffnung an:
 - Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt
 - Tiefbau/Umwelt
 - Präsidiales (10.061.003)

2014-22 Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung

Traktandum 22, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061 Parlamentarische Vorstösse

Folgende neue parlamentarische Vorstösse sind eingereicht worden:

22.1 Postulat der SP/Grüne-Fraktion betr. „Kommunaler Förderfonds Energie“ (2014/01)

Begehren

Der Gemeinderat wird ersucht, die Einführung eines kommunalen Förderfonds Energie zu prüfen.

Begründung:

An der Sitzung vom 29. November 2013 hat der Grosse Gemeinderat von Steffisburg dem Reglement für einen überkommunalen Förderfonds Energie mit 23 zu 7 Stimmen sehr deutlich zugestimmt. Leider hat dann der Thuner Stadtrat die Einführung des überregionalen Förderfonds an seiner Sitzung vom 13. Dezember 2013 abgelehnt. Damit ist die Einführung eines überregionalen Förderfonds Energie gescheitert.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage sind wir der Meinung, dass die Gemeinde Steffisburg einen eigenen Förderfonds Energie einführen sollte. Wir sind überzeugt, dass Steffisburg dank seiner Grösse selber in der Lage ist, einen Förderfonds Energie einzurichten. Die Vorlage des überregionalen Förderfonds Energie hat aufgezeigt, dass mit denselben Kriterien in Steffisburg von einem jährlichen Betrag von rund Fr. 350'000.00 ausgegangen werden könnte.

Mit diesen finanziellen Mitteln könnten verschiedene kleinere und mittlere Projekte im Energiebereich unterstützt werden und diese Förderbeiträge könnten den Ausschlag geben, dass entsprechende Vorhaben im Energiebereich umgesetzt würden.

Wir sind deshalb der Ansicht, dass ein kommunaler Förderfonds Energie vom Gemeinderat eingehend zu prüfen ist.

Erstunterzeichner Daniel Schmutz (SP) hat keine ergänzenden Bemerkungen zum Postulat.

22.2 Postulat der SP/Grüne-Fraktion betr. „Überdachter Veloabstellplatz Ziegelei“ (2014/02)

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Erstellung eines überdachten Veloabstellplatzes bei der Bushaltestelle Ziegelei (in Fahrtrichtung Thun) zu prüfen.

Begründung:

Wie den aktuellsten STI-Zahlen immer wieder entnommen werden kann, erfreut sich der öffentliche Verkehr und insbesondere die Buslinien in Steffisburg einer ständig wachsenden Nachfrage und die Anzahl der transportierten Personen auf den STI-Linien nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Diese erfreuliche Entwicklung ist dank der ständigen Verbesserung des Angebotes zu Stande gekommen. Bei der Haltestelle „Ziegelei“ stellen wir fest, dass sehr viele Velofahrer aus dem Umkreis dieser Bushaltestelle mit dem Fahrrad bis zur Bushaltestelle fahren und danach auf den Bus in Richtung Thun umsteigen um einer beruflichen oder schulischen Tätigkeit nachzugehen. Nachdem die Parzelle, hinter der Bushaltestelle, durch die Planung des bypass-thun-nord und die Vergrößerung des Ziegelei-Kreisels ständig kleiner wird und im heutigen Zeitpunkt nicht mehr damit gerechnet werden kann, dass auf dieser Parzelle noch ein Haus erstellt wird, sind wir der Ansicht, dass der Zeitpunkt zur Erstellung eines überdachten Veloabstellplatzes gekommen ist. Heute befinden sich auf dieser Parzelle eine Abfallsammelstelle sowie ein Autoparkplatz.

Wir sind überzeugt, dass ein solcher Veloabstellplatz einem Bedürfnis entspricht und mithelfen wird, dass die Fahrräder geordnet abgestellt werden.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat die Erstellung eines entsprechenden überdachten Veloabstellplatzes zu prüfen und hoffentlich zu realisieren.

Erstunterzeichner Peter Walti (Grüne) hat keine ergänzenden Bemerkungen zum Postulat.

22.3 Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Fokus Energieeffizienz“ (2014/03)

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen

1. wie er sich beim OK der GEWA dafür einsetzen kann, dass das Thema Energieeffizienz zu einem Schwerpunktthema der GEWA 2015 wird.
2. ob kantonale Energie- Apéros in den kommenden Jahren auch in Steffisburg stattfinden können.

Begründung:

Die Gemeinde beschäftigt sich mit der Ausrichtung der kommunalen Energiepolitik auf das BEakom und das Label Energiestadt. Damit diese Ziele wirkungsvoll angegangen werden können, muss die Bevölkerung, wo immer möglich, ins Boot geholt werden.

Fragen:

Die GEWA 2015 ist eine gute Plattform, auf der einerseits die Gemeinde ihre Energiepolitik den Bürgern nahe bringen kann, auf der andererseits Sensibilisierungsarbeit für Energieeffizienz geleistet werden kann. Die EVP EDU Fraktion bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob und auf welche Weise diese beiden Anliegen an der GEWA 2015 umgesetzt werden können.

Anfangs Jahr werden die Berner Politiker zusammen mit Verantwortlichen in der Wirtschaft jeweils vom Bau-, Verkehrs- und Energiedepartement des Kantons zu verschiedenen Energie- Apéros eingeladen. Solche finden in unserer Region in Thun, Interlaken, Biel, Burgdorf und Münsingen statt. Die EVP EDU Fraktion würde es schätzen, wenn 2015 ein kantonaler Energie- Apéro in Steffisburg stattfinden könnte.

Erstunterzeichner Thomas Schweizer (EVP) hat keine ergänzenden Bemerkungen zum Postulat.

22.4 Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Velosicherheit auf dem Weg von Steffisburg Dorf nach Thun“ (2014/04)

Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen

1. wie er sich beim Kanton dafür einsetzen kann, dass ab Ortskennzeichen Flühli und Emberg die Hauptverbindung nach Thun durchgehend mit einem gelben Velostreifen versehen wird
2. ob es eine Möglichkeit gibt, eine verkehrssame Veloroute von Steffisburg Dorf bis Thun auszuschildern.

Begründung:

Der Verkehr auf den Hauptachsen Thun-Schwarzenegg und Thun-Fahrni nimmt zu. In den Stosszeiten entstehen sehr zähflüssiger Verkehr oder gar Staus. Autofahrer sind in der Regel nach vorne ausgerichtet und nehmen Velofahrende rechts neben dem Fahrzeug schlecht wahr. Velofahrende drohen, zwischen parkierten Fahrzeugen am Strassenrand und den fahrenden Autos eingeklemmt zu werden.

Anliegen:

Die EVP / EDU Fraktion ersucht den Gemeinderat, zu prüfen,

- wie er sich beim Kanton dafür einsetzen kann, dass ab Emberg auf der Schwarzenegg-, der Oberdorf-, der Unterdorf-, der Glockental-, der Thunstrasse sowie der Flühlistrasse gelbe Velostreifen ergänzt (Glockentalstrasse) oder neu angebracht werden, welche den Autofahrenden ins Bewusstsein rufen, dass sie rechts Raum für den Veloverkehr lassen müssen.
- ob es eine Möglichkeit gibt, auf bestehenden Quartierstrassen eine markierte, verkehrssame Veloroute von Steffisburg Dorf bis Thun anzulegen.

Erstunterzeichner Thomas Schweizer (EVP) hat keine ergänzenden Bemerkungen zum Postulat.

22.5 Interpellation der BDP-Fraktion betr. „Kosten von Dienstleistungen für Gemeinden“ (2014/05)

Begehren

Die Gemeinde Steffisburg übernimmt für Anliegergemeinden diverse Aufgaben, z.B. Feuerwehr, hierfür erhält die Gemeinde Steffisburg Entschädigungen.

Fragen:

1. In welchen Abteilungen bestehen solche Dienstleistungen für Gemeinden?
2. Sind diese Entschädigungen kostendeckend, für die von der Gemeinde geleisteten Arbeiten oder Investitionen?
3. Werden diese Ausgaben separat geführt in den jeweiligen Abteilungen?
4. In welcher Höhe belaufen sich diese Ausgaben?

Erstunterzeichner Thomas Dermond (BDP) hat keine ergänzenden Bemerkungen zur Interpellation.

2014-23 Einfache Anfragen

Traktandum 23, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.061.004 Einfache Anfragen

23.1 Überregionaler Förderfonds Energie; Stand der Dinge

Bruno Berger, EDU, erkundigt sich über den aktuellen Stand dieses Geschäfts.

Marcel Schenk, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, weist darauf hin, dass der Thuner Stadtrat das Geschäft am 13. Dezember 2013 behandelt und abgelehnt hat. Die Gemeinden Heimberg, Uetendorf und Steffisburg, die dem Reglement bereits zugestimmt hatten, hätten sich ebenfalls am Fonds beteiligt, womit 2 Millionen Franken zur Förderung alternativer Energien zur Verfügung gestanden wären. Diesen Förderfonds wird es nun nicht geben. Uetendorf wird nun wohl mit der Förderung von Solaranlagen im bisherigen Rahmen weiterfahren. Heimberg ist sich noch unschlüssig und Thun wird sicher nichts unternehmen, da die Vorlage abgelehnt worden ist. Der Gemeinderat Steffisburg will ebenfalls keinen Druck auf den Überregionalen Förderfonds ausüben und wird momentan nichts unternehmen bzw. einen "Marschhalt" einlegen. Die neue Umwelt- und Energiekommission wird sich dann auch mit diesem Thema auseinandersetzen.

Protokoll Grosser Gemeinderat vom 24. Januar 2014

Seite 29

23.2 3-D-Drucker im Klassenzimmer; Medienbericht

Beat Wegmann, FDP, bezieht sich auf den Medienbericht im Bund vom 23. Januar 2014. Im geometrischen Zeichnen wird an der Oberstufe von der Pädagogischen Hochschule Bern leihweise ein 3-D-Drucker eingesetzt. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass Lehrkräfte innovativ sind und neue Techniken in die Schulzimmer bringen. Beat Wegmann findet es jedoch falsch, dass via Medien versucht wird, Stimmung zu machen, um neue Drucker an den Schulen anschaffen zu können. Es ist nicht nur eine Frage des Wollens. Alle im Budgetprozess Involvierten wissen, dass sowohl Nutzen und Rechtfertigung einer Anschaffung sorgfältig zu prüfen sind. Besteht hier ein Kommunikationsproblem?

Hans Ulrich Grossniklaus, Departementsvorsteher Bildung, erklärt, dass der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Budgetberatung und auf Antrag der Finanzkommission, beschlossen hat, die Drucker nicht anzuschaffen, und zwar aus den Gründen, welche Beat Wegmann bereits aufgezeigt hat. Vom Zeitpunkt der Budgetgenehmigung im Grossen Gemeinderat und unter Einhaltung der Beschwerdefristen, dauert es einen Moment bis die Informationen zu den Schulleitungen bzw. den Lehrpersonen gelangen. Diese Mitteilung hat im vorliegenden Fall nicht alle rechtzeitig erreicht. Eine Anschaffung wäre zudem nur über einen Nachtragskredit im Gemeinderat möglich.

23.3 Christchindlimärit vom 13. Dezember 2013; Randerscheinungen

Thomas Schweizer, EVP, berichtet, dass sich am Christchindlimärit Jugendliche gegen 20.00 Uhr auf der Höhe der Migros versammelt und den Weg versperrt haben. Zu Beginn ging es eigentlich friedlich zu und her. Es waren vor allem Oberstufenschüler. In der Gruppe entstand eine Polarisierung und schlug in Gewalt um. Die Polizei wurde aufgebeten. Sie konnte die Jugendlichen auseinander bringen. Ein halbe Stunde später musste ein Krankenwagen avisiert werden, weil ein Jugendlicher im Koma hinter der Kirche lag. Die Durchfahrt für den Krankenwagen in den überfüllten Strassen war kaum möglich. Thomas Schweizer möchte wissen, wie die Gemeinde im kommenden Jahr solchen Schwierigkeiten vorbeugen will und erkundigt sich, ob es ein Sicherheitsdispositiv gibt.

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, klärt den Sachverhalt ab und wird an der GGR-Sitzung 27. März 2014 dazu Stellung nehmen.

23.4 Jugendfachstelle z4, Ziegeleistrasse 4; Fussgängersituation

Gabriela Hug-Wäfler, SP, weist darauf hin, dass es in unmittelbarer Nähe der Jugendfachstelle keinen Fussgängerstreifen gibt. Der nächste steht erst beim Ziegeleikreisel zur Verfügung. Diese Situation ist unbefriedigend und gerade in der dunklen Jahreszeit heikel. Die Jugendlichen sind schlecht sichtbar und überqueren vor der Jugendfachstelle auch schon mal die Strasse. Gabriela Hug-Wäfler fragt, ob die Situation bekannt ist oder ob bereits nach Lösungen gesucht wird.

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, klärt den Sachverhalt ab und wird an der GGR-Sitzung 27. März 2014 dazu Stellung nehmen.

23.5 Kindergarten Glockenthal; Umgebungsarbeiten

Fränziska Friederich Hörri, SP, möchte wissen, bis wann die Umgebungsarbeiten beim Kindergarten Glockenthal erledigt werden und der Kinderspielplatz zur Verfügung steht.

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, gibt bekannt, dass die geplanten Arbeiten im Frühling 2014 erfolgen werden.

23.6 Ortsplanung; Erschliessung des Gebietes Heimberg Süd

Michael Riesen, FDP, stellt fest, dass der Gemeinderat von Heimberg eine Planungszone erlassen hat, um die Erschliessung des Gebietes von Süden her – sprich via Steffisburg – sicherzustellen. Er möchte wissen, ob dies Einfluss auf die Realisierung des Bypasses und die Erschliessung des Bahnhof-Areals hat.

Jürg Marti, Gemeindepräsident, stellt fest, dass Heimberg mit diesem Vorgehen alle Optionen offenhalten will, um das Gebiet Heimberg Süd zu erschliessen. Hinzu kommt eine Bauvoranfrage für einen Neubau, weshalb Heimberg über grosse Teile der Oberen Au eine Planungszone erlassen hat. Die Planungszone ist für zwei Jahre definiert, kann aber auch verlängert werden. Mit dem Bypass besteht ein indirekter Zusammenhang. Bei der ursprünglichen Planung des Bypasses waren auf der Achse zwischen Heimberg (Thun Nord Ausfahrt) bis auf Steffisburger Boden zwei Kreisel angedacht. Einer, welcher die Obere Au auf Heimberger Boden erschlossen hätte und der Glättimüli-Kreisel. Der Heimberger Kreisel ist aus dem

Projekt Bypass gestrichen worden. Heimberg hat nach wie vor die Idee, das Land in diesem Gebiet besser zu erschliessen. Der Kanton hat nach einer Lösung gesucht, wo Heimberg Süd angeschlossen werden kann und ist bei der Gemeinde Steffisburg vorstellig geworden. Der Glättimüli-Kreisel ist ein Bundeskreisel. Damit Steffisburg eine kommunale Achse erhält, muss der Kanton Antrag beim Bund für den Anschluss stellen. Der Kanton hat signalisiert, dass er diesen Antrag stellt, jedoch mit der Auflage, dass Heimberg Süd angeschlossen werden kann. Die zweite Auflage besteht darin, die Viehunterführung ins Gebiet Glättimüli sicherzustellen. Wenn die Gemeinde Steffisburg nun an diesen Glättimüli-Kreisel den Anschluss mit dem Strassenprojekt machen will, sind die beiden Auflagen zu erfüllen. Seit gut drei Monaten führt Steffisburg mit Heimberg intensive Gespräche betr. Weiterführung der Planungsarbeiten und der Kostensituation. Es wird dann schlussendlich bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von Heimberg liegen, ob sie den Anschluss wollen. Der Bypass ist nicht gefährdet. Die Strassenprojekte laufen, damit das Ziel bis ca. Mitte Jahr realisiert und das Gesamtpaket dem Parlament zum Entscheid vorgelegt werden kann.

23.7 Christchindlimärit vom 13. Dezember 2013; Randerscheinungen

Hans Rudolf Marti, SVP, gibt eine persönliche Erklärung ab. Er bezieht sich auf die einfache Anfrage von Thomas Schweizer betr. Randerscheinungen am Christchindlimärit. Solche Vorfälle sind sehr traurig. Die Leute sind nicht mehr sicher. Der Ursprung solcher Taten ist oft aber im Elternhaus zu suchen. Es ist wichtig, mit den Kindern Diskussionen zu führen und Werte richtig vorzuleben.

23.8 Neuer Südanflug Flugplatz Belp-Bern; Belpmoos

Hans Berger, glp, weist darauf hin, dass die Presse in den letzten Wochen zum geplanten Südanflug auf den Flugplatz Belp verschiedentlich berichtet hat. Er möchte über die aktuellen Fakten informiert werden und wissen, wie der Gemeinderat dazu steht.

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, stellt fest, dass die Gemeinde momentan Fakten sammelt und an den verschiedenen Orientierungsversammlungen teilnimmt. Einsprachen müssen innerhalb eines Monats an das Bundesamt für Zivilluftfahrt eingereicht werden. 28 Prozent aller instrumentengesteuerten Flüge sollen künftig von Süden her in Belp landen. Das entspricht acht bis zehn Flugzeugen pro Tag über Thun. Die Bevölkerung wird von dieser Massnahme betroffen sein. Für den Flughafen Belp steht natürlich der Wirtschaftsfaktor für den Tourismus im Vordergrund. Es ist ein Abwägen von verschiedenen Bedürfnissen. Es ist möglich, dass mehrere Gemeinden zusammen eine Einsprache einreichen. Es ist auch wichtig, dass zu einem späteren Zeitpunkt Kompromisse möglich sind, um die verschiedenen Ansprüche abdecken zu können. Der Gemeinderat wird am kommenden Montag über das weitere Vorgehen entscheiden.

23.9 Lichtverschmutzung; Bundesgerichtsentscheid

Bruno Berger, EDU, weist auf den Bundesgerichtsentscheid vom 27. Dezember 2013 betr. Lichtverschmutzung hin. Er möchte wissen, wie die Gemeinde den Bundesgerichtsentscheid handhabt.

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, erklärt, dass ein Aargauer Verwaltungsgericht im Jahr 2012 entschied, dass die ganzjährige Zierbeleuchtung eines Hausbesitzerpaares ab 22.00 Uhr auszuschalten sei. Die Weihnachtsbeleuchtung dürfe jeweils vom 1. Advent bis zum 6. Januar bis 01.00 Uhr nachts betrieben werden. Das Bundesgericht hat diesen Entscheid nun am 27. Dezember 2013 bestätigt. Freigestellt ist es aus Sicherheitsgründen, Licht mit Bewegungsmeldern zu installieren. Ebenfalls zulässig bleibt eine angemessene Beleuchtung bei Aufenthalt im Aussenbereich. Das Reklamereglement der Gemeinde Steffisburg besagt, dass zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr Fremdreklamen und bewegte Eigenreklamen nicht zulässig sind. Treffen bei der Gemeinde entsprechende Reklamationen ein, werden diese behandelt und abgeklärt.

2014-24 Informationen des GGR-Präsidiums

Traktandum 24, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060 Grosser Gemeinderat

24.1 GGR-Ausflug vom 12. September 2014

Die Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, die Abfahrtszeit von 13.00 neu auf 12.30 Uhr zu terminieren.

24.2 GGR-Sitzung vom 27. März 2014

Die Präsidentin macht darauf aufmerksam, dass die nächste Sitzung auf einen Donnerstag fällt.

24.3 Politforum in Thun vom 7. und 8. März 2014

Das Politforum in Thun findet am 7. und 8. März 2014 statt. Der Gemeinderat hat beschlossen, für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates einen Anreiz zur Teilnahme am Politforum zu schaffen, indem ein Kostenbeitrag pro Teilnehmer/in ausgerichtet wird. Bei Interesse können sich die GGR-Mitglieder selber anmelden. Damit die Abteilung Präsidiales den Betrag gutschreiben kann, ist dem GGR-Sekretariat eine Kopie der Anmeldung, versehen mit der eigenhändigen Unterschrift, zukommen zu lassen. Die Überweisung erfolgt dann nach dem Politforum.

2014-25 Mutation im Rat; Verabschiedung des Ratsmitglieds Heinz Gerber, SVP

Traktandum 25, Sitzung 1 vom 24. Januar 2014

Registratur

10.060.008 Personelles / Mutationen im Rat

Die Präsidentin freut sich, dass sie heute Heinz Gerber verabschieden darf. Heinz Gerber hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 31. Januar 2014 bekannt gegeben. Seit dem 1. Januar 2003 wirkte er als Vertreter der SVP im Parlament mit. Er war in den verschiedensten Funktionen tätig und sehr engagiert. Im Jahr 2008 bis 2011 hat er dem Leitenden Ausschuss angehört, zuerst als zweiter und dann als erster Vizepräsident und im Jahr 2010 war Heinz Gerber der "höchste" Steffisburger. Er hat den Grossen Gemeinderat souverän und kompetent geführt. 2006 bis 2009 war er Mitglied der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission. 2007 hat er diese Kommission präsiert. Im Jahr 2003 war er zudem Mitglied der Oberstufenkommission und 2004/2005 Mitglied der Schulkommission. Im vergangenen Jahr nahm er Einsitz in der Sicherheitskommission. Die Präsidentin wünscht Heinz Gerber für die Zukunft viel Glück und einen guten Start in seinem neuen Wohnort Heimberg. Sie dankt ihm auch ganz herzlich für die freiwillige Arbeit, welche er in der Gemeinde geleistet hat, sein Engagement, sein aktives Mitdenken und die zuverlässige Mitarbeit. Politik interessiert ihn. Die politischen Diskussionen waren immer anregend und interessant. Im Namen der Gemeinde überreicht die Präsidentin Heinz Gerber ein Abschieds-Präsident.

Heinz Gerber, SVP, gratuliert bei dieser Gelegenheit Ursula Saurer zur Wahl als Präsidentin. Konrad Adenauer hat einmal gesagt, "Nehmen Sie die Menschen wie Sie sind, andere gibt es nicht". Während seiner Zeit im Grossen Gemeinderat hat er viele interessante Menschen kennen lernen dürfen und es haben sich Freundschaften ergeben. Kürzlich ist Heinz Gerber durch die Gemeinde gegangen und tatsächlich hat er zufälligerweise Richard Simon K. angetroffen. Diejenigen, welche ihn nicht kennen, das sei auch ein Steffisburger und er wisse es auch. Keine Angst, er habe sich zurzeit eher auf den Grossen Rat des Kantons eingeschossen. Heinz Gerber dankt allen, welche ihn in den vergangenen elf Jahren in diesem Rat begleitet haben und wünscht den heutigen Mitgliedern viel Mut bei den Debatten. Es gibt Menschen, die wissen, dass er ein "Schwarzes Buch" hat. Er kann allen Mitgliedern des Grossen Gemeinderates versichern, dass kein Ratsmitglied im Buch vermerkt ist. Im dem Sinne, dass man sich immer zweimal im Leben begegnet, wünscht er den Anwesenden ein tolles 2014, gute Gesundheit und viele schöne Momente.

Nach dem Abschlussstück, welches Sandro Saurer speziell für Heinz Gerber ausgewählt hat, sind alle von der Ratspräsidentin herzlich eingeladen, im Foyer das Apéro einzunehmen.

Grosser Gemeinderat Steffisburg
Präsidentin 2014

Stv. Gemeindeschreiber

Ursula Saurer

Christoph Stalder

Protokollführerin

Protokollführerin

Marianne Neuhaus

Erika Furrer

Stimmzählerin

Stimmzählerin

Elisabeth Tschanz

Yvonne Weber